

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgepaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 136.

Donnerstag, den 13. Juni 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die offene Tür.

Die kapitalistische Wirtschaftspolitik in Deutschland sucht auf unser Handelsverhältnis zum Ausland in zwei Richtungen einzuwirken, die einander innerlich widerstreben. Einerseits sucht sie den inneren Markt möglichst gegen die Konkurrenz des Auslandes abzuschließen, um ihn der monopolistischen Ausbeutung durch die heimischen Unternehmer vorzubehalten; andererseits bekämpft sie die Abschließung der ausländischen Märkte gegen die Einfuhr deutscher Produkte und gegen die kapitalistische Betätigung deutscher Unternehmer.

Es liegt auf der Hand, daß diese beiden Bestrebungen in gegenseitigem Widerstreit stehen. Jede Erhöhung der Schutzzölle im Deutschen Reich ruft Gegenmaßnahmen in fremden Ländern hervor. Erschwert die Reichsgesetzgebung durch Erhöhung der deutschen Zölle den ausländischen Produkten den Zutritt zum deutschen Markt, so schreien die ausländischen Interessenten nach Vergeltungsmaßnahmen: es werden auch im Ausland die Zölle in die Höhe geschraubt zum Schaden des deutschen Handels und der deutschen Industrie, soweit bestehende Handelsverträge das zulassen. Es geht in der internationalen Handelspolitik also her nach der Lebensregel: Haui du meinen Importeur, hau ich deinen Exporteur!

Nun haben sich im Laufe der Zeit die Produktionsverhältnisse in Deutschland so entwickelt, daß bei diesem System der gegenseitigen Handelschädigung zur Sicherung der einheimischen Märkte für die einheimischen Produzenten Deutschland weit mehr benachteiligt wird, als die anderen Staaten, mit denen es in einer solchen beständigen Handelsfehde liegt. Denn Deutschland ist heutzutage ein ausgeprägter Industriestaat, der weit mehr Industrieartikel ausführt als einführt.

So betrug im Jahre 1910 der Wert des deutschen Gesamtexportes

	in Millionen Mark	in der Einfuhr	in der Ausfuhr
an Rohstoffen für Industriezwecke	5228	2102	
an Fabrikaten	1595	4982	
an Nahrungsmitteln	2445	985	
an Blech	267	10	

Aus dieser Übersicht geht klar hervor, wie Deutschland ebenso sehr angewiesen ist auf die ungehinderte Einfuhr von Rohprodukten zur Versorgung seiner Industrie und zur Ernährung seiner Bevölkerung, wie für die ungehinderte Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, mit denen es seine Einfuhrbedürfnisse zu bezahlen hat.

Das bestehende deutsche Hochschutzzollsystem schädigt deshalb unbedingt die deutsche Industrie in ihrer Gesamtheit, wenn auch einige an sich konkurrenzunfähige Winkelindustrien dadurch künstlich über Wasser gehalten werden können. Aufrechterhalten wird dieses verwerfliche System dennoch der Agrarier wegen, die durch künstliche Verteuerung der ausländischen Nahrungsmittelzufuhr sich die Möglichkeit einer entsprechenden Preissteigerung für ihre eigenen Agrarierprodukte sichern wollen. Die deutschen Industriellen haben sich in ihrer Mehrheit diesen agrarischen Forderungen anbequemt, weil durch die künstliche Verteuerung der Lebensmittel in der Hauptfrage die unbemittelten Volksschichten belastet werden, während für die Wohlhabenden, die Unternehmerklasse insbesondere, die Lebensmittelsteuerung an sich im Verhältnis zu ihrem Gesamteinkommen kaum fühlbar ist. Ein weiterer Beweggrund für die herrschenden Klassen, an diesem System festzuhalten, ist der fiskalische, der mit ihrer imperialistischen Politik zusammenhängt. Sie haben in den Zöllen ein bequemeres Mittel, zur Bestreitung der hohen Kosten für Militär und Marine enorme Summen aus dem Volke herauszuquetschen, ohne daß das Volk darüber, was ihm auf solche Weise abgepreßt wird, völlig zur Klarheit kommt.

Dieses unheilvolle System, das die Lebenshaltung eines Volkes herunterdrückt, um den agrarischen Ausbeutern die Taschen zu füllen und dabei abendrein der deutschen Industrie im Auslande den Absatz erschwert, nennt man im Patriotenjargon: „unsere bewährte nationale Wirtschaftspolitik“.

Würde man die „nationalen“ Interessen nicht mit dem Interesse einer dünnen Ausbeuter-Nation identifizieren, so müßte diese sogenannte „nationale Wirtschaftspolitik“ so schleunigst wie möglich mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Es zeigt sich an diesem Beispiel wieder einmal recht deutlich, wie im Einklang mit den Interessen des Proletariats die Politik seiner Vorkämpferin, der Sozialdemokratie, den wahren Interessen des Gesamtvolkes und damit jedem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt dient.

Alles drängt deshalb die Sozialdemokratie darauf hin, für die gänzliche Beseitigung der Zollschranken einzutreten. Das handelspolitische Ideal, dem wir zustreben haben, wäre die Beseitigung der Zölle überhaupt, in Deutschland nicht nur, sondern in der ganzen Welt. Kein Volk würde mehr Vorteil davon haben als das deutsche, gerade wegen seiner hohen wirtschaftlichen Entwicklung. Es ist aber auch ein Trugschluß, anzunehmen, daß überhaupt irgend eine Nation tatsächlich gefährdet würde durch die künstliche Erschwerung oder die völlige Unterbindung des Handelsverkehrs mit anderen Staaten. Mit dem nämlichen Recht könnte man behaupten, daß auch innerhalb des Deutschen Reichs die Zollschranken zwischen den Provinzen oder Einzelstaaten wieder aufgerichtet werden müßten. International und national sind auch in Handelsfragen keine Widersprüche; sie ergänzen sich harmonisch.

Die Niederreißung aller Zollschranken, die Heranbildung eines einheitlichen Weltwirtschaftsgebietes sind allerdings Forderungen, die innerhalb der heutigen Staatsgebilde mit ihren wirtschaftspolitischen Krähwinkelidealen sich nicht verwirklichen lassen. Wohl aber muß die Sozialdemokratie alle Forderungen unterstützen, die auf Erleichterung des internationalen Handels und Verkehrs abzielen. Da kommt vor allem in Betracht die Besürworung des Grundsatzes der offenen Tür.

Man versteht darunter, daß ein Land alle anderen Länder gleichmäßig behandeln soll in bezug auf die Zulassung ihrer Waren und die Handelsunternehmungen ihrer Staatsangehörigen. Ursprünglich kam diese Forderung auf gegenüber den Ländern, die außerhalb des europäischen Kulturkreises stehen, den Fremden überhaupt den Zutritt verwehrt oder ihn nur unter drückenden Bedingungen ausnahmsweise gestatteten, wie China und Japan das machten. Durch verschiedene Kriege wurden sie zur Anerkennung des Grundsatzes der offenen Tür für den europäischen und amerikanischen Handel gezwungen, bis sie allmählich sich überhaupt zu gleichberechtigten Mitgliedern des europäischen Kulturkreises durchgearbeitet haben. China ist jetzt im Begriff, dazu die letzten Schritte zu machen.

Doch der Grundsatz der offenen Tür ist bisher eigentlich nirgends restlos durchgeführt. Seine unbedingte Anwendung würde darauf hinauskommen, daß, solange überhaupt noch Zölle erhoben werden, doch wenigstens keine Unterschiede gemacht werden bei der Zollerhebung zwischen den Erzeugnissen der verschiedenen Staaten. Solche differenziellen Zollerhebungen finden aber fast noch durchweg statt. Eingeengt wird diese Möglichkeit allerdings bis zu einem gewissen Grade dadurch, daß beim Abschluß von Handelsverträgen die Meistbegünstigungsklausel ausgemacht wird. Das heißt: die beiden vertragsschließenden Staaten verpflichten sich dazu, sich gegenseitig auch alle die Vergünstigungen zu gewähren, die sie später einem dritten Staate auf Grund eines Handelsvertrages zustehen sollten.

Die reaktionären Wirtschaftspolitiker in Deutschland eifern nun mit zähem Grimm gegen die Aufnahme der Meistbegünstigungsklausel in die neuen von Deutschland abzuschließenden Handelsverträge, damit Deutschland freie Hand behält, jederzeit die verschiedenen Staaten mit Differenzzöllen zu schikanieren, oder wie der Ausdruck lautet, einen Zollkrieg mit ihnen anzufangen. Demgegenüber muß die Sozialdemokratie durch konsequente Befürwortung der Meistbegünstigungsklausel dem Grundsatz der offenen Tür die Wege ebnen.

Zu den Vorgängen in Ungarn.

Man schreibt uns aus Ungarn: Das offiziöse Pestbureau meldete in letzter Zeit über die Vorgänge in Ungarn sehr wenig, und seit Mittwoch verlagst es gänzlich, obgleich die Wogen der Empörung in Ungarn hochgehen. Offenbar sind höhere Mächte im Spiel, welchen die Demonstrationen in Ungarn höchst unangenehm sind, und die daher ein Interesse an der Unterdrückung der Mel-dungen haben.

Weiter wird berichtet: Dienstag abend wurden in vielen Städten Demonstrationsversammlungen abgehalten, die scharfe Stellung gegen die Regierung nahmen und in welchen auch eine republikanische Propaganda nicht fehlte. An die starkbesetzten Versammlungen schlossen sich Demonstrationszüge durch die Straßen. In den angenommenen Resolutionen wird das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht gefordert und gegen das schändliche Vorgehen in Budapest flammender Protest erhoben. Gleichzeitig wurde in Budapest erklärt, daß die Streikbewegung größere Ausdehnung annehmen werde, wenn die Regierung die Wahlrechtsfrage nicht in kürzester Frist im Reichstage auf die Tagesordnung setzt. In Debreczin sind die Geschäfte noch immer geschlossen und der Straßenbahnverkehr stockt. Hier nahmen am Mittwoch die Streikenden die Arbeit wieder auf.

In Szabadka kam es Dienstag abend zu Zusammenstößen mit der Polizei. Revolvergeschüsse fielen auf beiden Seiten. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. — In Arad es demolierte die empörte Menge das Haus des Präsidenten der Regierungspartei. Etwa 20 Personen wurden verhaftet. — In anderen Orten verließen die Versammlungen ohne wesentliche Vorkommnisse.

In einer Konferenz der oppositionellen Parteien wurde beschlossen, den schärfsten Kampf weiterzuführen, bis bei vor dem 4. Juni vorhandene Stand der Dinge wieder hergestellt sei. Friedensverhandlungen seien unter dem gegenwärtigen Präsidium ausgeschlossen. Nach Beendigung der Versammlung wurde die Internationale und das Kosuthlied gesungen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Bundesrats-Makulatur.

Zu den vom Bundesrat abgelehnten Resolutionen des Reichstags gehören unter anderem die Forderungen einer dringenden notwendigen Reform des militärischen Besonderechts und des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen Offiziere. Es handelt sich dabei um Resolutionen, die bis zum Jahre 1905 zurückliegen und immer wieder erneuert wurden. Originell ist die Antwort des Bundesrats auf das Verlangen des Reichstags, daß beim Verkauf des Tempelhofer Feldes die öffentlichen Interessen gewahrt werden sollten.

Die Antwort lautet: „Die öffentlichen Interessen sind beim Verkauf des Tempelhofer Feldes gewahrt worden.“ Damit basta!

Abgelehnt wurden unter anderem die Resolution, die den Ausgleich der für die Postunterbeamten bei der Beförderungsreform entstandenen Härten forderte; abgelehnt die 3000 Mark Zulage, die der Reichstag den älteren Oberpostassistenten und Telegraphenassistenten gewähren wollte; abgelehnt der Wunsch, die Eisenbahnarbeiter und -handwerker unter die Gewerbeordnung gestellt zu sehen, abgelehnt die Forderung eines Hüttenarbeiterschutzgesetzes und einer Bundesratsverordnung für die Zelluloseindustrie.

Auch den Wunsch nach Handelsinspektoren beantwortete der Bundesrat mit einem Nein, ebenso die Forderung eines Verbots der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tage.

Der Bundesrat lehnt es ferner ab, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Reichskanzler dem Reichstag für seine Amtsführung vor einem Staatsgerichtshof verantwortlich macht und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers ausdehnt.

Unter diesen vom Bundesrat zurückgewiesenen Resolutionen sind viele, auf die die Mehrheitsparteien des Reichstags sich etwas ganz Besonderes zugute lassen.

Die Wirkungen des Einfuhrschutzes.

Die Getreide- und auch die Brotpreise sind in der letzten Zeit wieder ganz erheblich gestiegen. Es herrscht starker Getreidemangel, und das ist im wesentlichen eine Folge des Einfuhrschutzes, das den Getreideexport künstlich steigert. In der „Allgemeinen Deutschen Mühlenzeitung“ erörtert ein ostdeutscher Müller die Wirkungen des Einfuhrschutzes; was dieser beteiligte Fachmann über die Schäden dieser agrarischen Liebesgabe sagt, ist zwar allgemein bekannt, aber nicht oft genug kann gezeigt werden, in welcher gewissenloser Weise die Interessen der Allgemeinheit einer kleinen Gruppe von Agrariern und Getreideexporteuren aufgeopfert werden. Der Umstand, daß den Getreideexporteuren 50 Mk. pro Tonne ausgeführten Getreides aus der Staatskasse oder vielmehr aus den Taschen derselben Steuerzahler vergütet werden, denen durch das Einfuhrschutzesystem die notwendigen Nahrungsmittel verteuert werden, hat zur Folge, daß beispielsweise in Rußland oder Dänemark deutscher Roggen billiger gekauft werden kann, als in Deutschland die geringste unverzollte Futtergerste. An der russisch-polnisch-deutschen Grenze kostet der Roggen verzollt 190 Mk. pro Tonne. Die an den Grenzen auf russischer Seite gegründete Mühlenindustrie bezieht diesen Roggen mit 140 Mk. pro Tonne und sendet die gewonnene Mehl, die unverzollt nach Deutschland eingeht, zurück. Sie löst dafür pro Tonne 135–140 Mk., sodaß sie in der Lage ist, das feinste Mehl in Rußland zu dem Preise zu verkaufen, die man in Deutschland für Futter bezahlen muß. Von einigen Seiten wird behauptet, es bestehe ein ausgleichender Getreideaustausch. Wie verhält es sich damit? Wir exportieren z. B. Roggen aus Ost-

preußen, dafür vergütet der Staat 50 Mk. pro Tonne. Ingegen importieren wir Gerste, die 13 Mk. Zoll kostet. Feinstes Roggen kostet nun unverzollt 140 Mk. an der Grenze und geringe Futtergerste 165—175 Mk. pro Tonne. Es ist die höchste Zeit, daß einem Zustand ein Ende gemacht wird, der zugunsten einer kleinen Gruppe den Armen das Brot verteuert, der Industrie und den Arbeitern Arbeit entzieht. Und das alles mit Hilfe des Geldes, das die Arbeiter durch ihre Steuern aufbringen.

Es hat mit der Schädigung der Konjunktur nicht sein Bewenden. Das Einfuhrschutzhystem treibt auch die Mühlenindustrie ins Ausland und nimmt den deutschen Arbeitern die Arbeit. In den Ländern, die Getreide importieren müssen, wie Schweden, Finnland, Norwegen und zeitweise auch Rußland, entwickelt und vergrößert sich dauernd eine bedeutende Mühlenindustrie, die unterstützt durch deutsches Geld, das deutsche Getreide billig beschafft, sich aber gegen die Einfuhr von Mehl durch hohe Schutzzölle zu schütten weiß. Dadurch wird der deutschen Mühlenindustrie die Arbeit entzogen und außerdem geht ein hoher Prozentsatz Futter (Kleie) dem Inlande verloren. Ein weiterer größerer Verlust deutschen Vermögens liegt darin, daß der größte Export bald nach der Ernte stattfindet, wenn die Preise am niedrigsten sind. Tritt, wie meistens, infolge zu starken Exports im Frühjahr ein Mangel ein, so erfolgt der nötige Import zu einem dann wesentlich höheren Preise. Deutschland verliert nicht nur doppelte Fracht und Spesen, sondern auch die Differenz zwischen billigen Verkaufs- und teuren Einkaufspreisen.

Zur Spaltung im nationalliberalen Lager.

Der nationalliberale Reichsverband ist unterm 11. Juni d. S. mit einem eigenen Organ, der „Nationalliberalen Reichskorrespondenz“ an die Öffentlichkeit getreten. In dieser Korrespondenz heißt es: „Gibt es denn für die Linksentwicklung der Partei gar keine Beweise? War denn zumind. die Befürchtung eines solchen so ungerechtfertigt? Wir wollen absichtlich keine weiteren Beweise erheben. Spricht aber nicht die Unterwerfung von manchen Reichstagskandidaten unter die sozialdemokratischen Stimmwahlbedingungen, sprechen die Vorgänge bei der Präsidentenwahl hier nicht eine deutliche, eine zu deutliche Sprache?“ — In einem besonderen Artikel wird den Jungliberalen der Text gelesen. Über eine neue nationalliberale Sonderorganisation berichtet die „Nationalzeitung“ aus Mainz. Im Anschluß an die letzte Sitzung des Landesauschusses der nationalliberalen Landespartei, die damit endete, daß die Delegierten der Kreise Weßfeld-Lanterbach, Mainz-Oppenheim und des Odenwaldes unter Protest den Saal verließen, habe zwischen Vertretern verschiedener heftiger Wahlkreise und nationalliberalen heftigen Vereinen eine Reihe von Besprechungen stattgefunden. Man kam zu dem Entschluß, eine freie Vereinigung heftiger Nationalliberaler zu gründen, die durch Anstellung eines Geschäftsführers und Herausgabe einer Korrespondenz als Finanz- und Arbeitsgemeinschaft organisiert werden soll. Die Begründer wollen der Politik der Reichstagsfraktion und ihres Führers Baffermann in Hessen eine feste Grundlage schaffen.

Landtagswahl in Koburg.

Bei der letzten Wahlmännerwahl zum Landtag siegte im 9. Bezirk Dessau die sozialistische Liste. Bislang war der Kreis nationalliberal vertreten. Die voraussichtliche Zusammensetzung des neuen Landtages dürfte drei Nationalliberale, drei Freisinnige, vier Agrarier und einen Sozialdemokraten umfassen.

Der Hanjabund.

Der Gesamtausschuß des Hanjabundes trat Mittwoch vormittag im Langenbachhause zu Berlin zu seiner dritten Sitzung zusammen. 150 Vorsitzende- und Ausschuß-Mitglieder aus allen Teilen des Reiches waren versammelt. Geheimrat Prof. Dr. Kießer eröffnete die Versammlung und gab einen Bericht über die Reichstagswahlen. Der Agrardemagogie des Bundes der Landwirte habe der Hanjabund eine geradezu vernichtende Leistung für ihren Übermut gegeben. 56 Mitglieder des Reichstages seien Mitglieder des Hanjabundes und 33 stünden auf seinem Boden. Der Bund verfüge also über 89 Abgeordnete, die seine Ziele zu den ihrigen machen. Weiter betonte Kießer, daß im Reichstage die Mehrheit für extrem-agrarische Forderungen bereitigt worden sei. Der Hanjabund halte unverbrüchlich an seinen früheren Beschlüssen fest: er unterstütze nicht Parteien, sondern einzelne Kandidaten, die sich zur Parität der Berechtigung aller Erwerbsstände bekennen. Darum zählte er im Reichstage neben Nationalliberalen und Fortschrittlichen auch Streikervollzieher zu seinen Anhänger. Es sei unwahr — so glaubte Kießer besonders hervorheben zu müssen — daß der Bund aus Sozialistenfreunden bestehe. Gerade die, die diese Beschuldigung erheben, hätten durch Stimmhaltung indirekt die Sozialdemokratie gefördert. Hätte der Hanjabund dieselbe Laktik befolgt, so hätte er mit 110 bis 120 Sozialdemokraten im Reichstage. — Nach der Eröffnungsrede Kießers erhaltete Professor Dr. Kleefeld den Geschäftsbericht, nach welchem der Bund im Juni 1912 aus 67 Landesprovinzial- und Bezirksgruppen, 643 Ortsgruppen, 1600 Vertrauensmännern, 823 angeschlossenen Vereinen und Verbänden bestand. Das Direktorium des Hanjabundes besteht zurzeit aus 64 Mitgliedern, der Gesamtausschuß aus 420 Mitgliedern.

Nach der Berichterstattung wurden die Richtlinien des Hanjabundes, die in neuer Fassung vorlagen, besprochen. In diesen Richtlinien wird wiederum betont, daß der moderne Staat nur gegeben kann, wenn der Grundbesitz der Gleichberechtigung aller Erwerbsstände, insbesondere Gewerbe, Handel, Industrie und Landwirtschaft, den leitenden Gedanken und die unverrückbare Grundlage auch seiner Wirtschaftspolitik bildet. Einzelne Redner sprachen dann zu den Richtlinien vom Standpunkt der Industrie, der Exportinteressen, des Detailhandels, des Handwerks und der Angehörigen. Für von Richtigen wies insbesondere auf den Punkt der neuen Richtlinien hin, der sich mit dem Schutze der Arbeitstätigen beschäftigt. In diesen Bestimmungen werde man vielleicht

eine bestimmte Stellungnahme vermissen, in welcher Weise dieser Schutz betätigt werden soll. Von einer solchen Stellungnahme habe das Direktorium des Hanjabundes bei Festsetzung der neuen Leitlinie noch Abstand genommen, und zwar aus dem Grunde, weil gegenwärtig noch den Ortsgruppen eine Beschlussfassung darüber überlassen ist, ob sie vielleicht eine andere Stellung einnehmen wollen. Es sei deshalb beschlossen worden, in einer späteren Sitzung des Direktoriums einen endgültigen Beschluss zu fassen. — Nach einem Schlusswort des Präsidenten Dr. Kießer wurden die vom Präsidium und Direktorium festgelegten Richtlinien ohne Widerspruch angenommen. Weiter teilte der Präsident mit, daß das Direktorium beschlossen habe, nicht nur einen Hanja-Tag, sondern eine Hanja-Woche zu veranstalten, d. h. eine Zusammenkunft aller dem Hanjabund angegliederten Organisationen des Mittelstandes, anschließend an den Hanja-Tag, der Ende Oktober oder Anfang November stattfinden soll. Nach den üblichen Dankes- und Schlussworten hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Wir können der Auffassung des Dr. Kießer nur zustimmen, daß der Hanjabund nicht aus Sozialistenfreunden besteht; im Gegenteil, seine Gefolgschaft rekrutiert sich zum großen Teil aus den schlimmsten Feinden der modernen Arbeiterbewegung. Deshalb ist auch für Arbeiter, die für bessere wirtschaftliche und politische Verhältnisse kämpfen, kein Platz im Hanjabund.

Der Papst-Strohmann.

Die bereits erwähnte sensationelle Mitteilung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ über die Verfälschung der beiden Telegramme, die von Rom nach Berlin und Frankfurt gingen, hat folgenden Wortlaut:

Ein bekannter Zentrums-Reichstagsabgeordneter sendet uns auf Grund von Erkundigungen in Rom die folgenden aufsehenerregenden Mitteilungen: Allmählich sichern ganz interessante Einzelheiten über Entstehung der beiden Drahtungen an die Berliner und Kölner Richtung durch, wenn sie auch in Einzelheiten noch nicht genau kontrollierbar sind. Danach kommt als Verfasser beider Drahtungen nach Berlin und Frankfurt der Dominikaner-Pater Eiser, Vorsitzender der Index-Kongregation in Venedig. Er vermittelte auch für die beiden Vertreter der Berliner Richtung, Pfarrer Meyer und Professor a. D. von Saviano, die Audienz beim Papst. Da nun in bestimmten Fällen dem Papst vorher mitgeteilt wird, was er Vertretern einzelner Korporationen sagen soll, ist nicht ausgeschlossen, daß die beiden Herren das selbst aufgesetzt haben, was sie über Pater Eiser durch den Papst gerne hören wollten. Dem Papst ist nichts von den beiden Drahtungen bekannt geworden. Merry del Val soll die Drahtungen im Orange der Staatsgeschäfte im guten Glauben unterzeichnet haben, und es herrscht jetzt wieder einmal „grenzenlose Verwirrung“ im Vatikan über ihre Wirkung in Deutschland. Es wird angenommen, daß die Vertreter der Berliner Richtung an der Abfassung der Drahtungen mitgewirkt haben. Dafür sprechen auch die scharf pointierten Wendungen, die nur von einem direkt an dem Kampf Beteiligten so scharf hervorzuheben werden konnten. Der Weg zu Pater Eiser führt über das Dominikanerkloster Berlin-Moabit, von dem auch die ersten Anregungen zur Gründung katholischer Arbeitervereine ausgegangen sind.

Dieser bekannte Reichstagsabgeordnete des Zentrums, der Beziehungen zu dem Essener Unternehmerblatt hat, und so stark interessiert an der Diskreditierung der päpstlichen Gewerkschafts-Rundgebung ist, könnte Herr Sieberts, der Vertreter Eisens im Reichstage sein. Der aus diesen römischen Enthüllungen sprechende Ton ist durchaus begrifflich, fraglich ist nur, ob die Kölner und christlichen Gewerkschaften von dem Bären dienst erbaut sind, denn wo bleibt schließlich die notwendige katholisch-christliche Autorität, wenn der unfehlbare Papst ein solcher von verschiedenen Klauen hin- und hergeworfener Strohmann ist!

Die „Germania“ und andere Zentrumsblätter vom Mittwochabend schweigen sich über die Meldung der „Rhein-Westfäl. Ztg.“ aus.

Die ultramontane „Augsburger Postzeitung“ erhielt von dem apostolischen Nuntius in München, Frühwirth, folgende Mitteilung:

Die Erklärung des Monsignore Heimer entspricht den Auffassungen des Heiligen Vaters. Der Heilige Vater ist immer von dem Wunsche befeelt, die unzeitigen Meinungsverschiedenheiten in Deutschland ein Ende nehmen zu sehen. Seine Heiligkeit, die Treue und Liebe der deutschen Katholiken kennend, segnen sie von Herzen und ermuntern alle, insbesondere die Arbeiter, Fortschritte zu machen, in Eintracht zu arbeiten für das Wohl der Kirche und des Vaterlandes, treu sich haltend an die päpstlichen Weisungen unter Führung und Leitung der zuständigen Bischöfe.

Noch nicht zufrieden sind nach einer Meldung der „Tägl. Rundschau“ aus Köln die christlichen Gewerkschaften, welche Kreise die Auffassung haben, daß man sich nicht mit der letzten Erklärung des Auditors Heimer begnügen könne, es sei denn, daß eine autoritative Mitteilung hierher gelange, daß die Heimer'schen Ausführungen als authentisch anzusehen seien. Man stehe in diesen Kreisen auf dem Standpunkte, daß man sich unbedingt gegen weitere Zweideutigkeiten schützen müsse, damit man endlich einmal Ruhe bekomme. Solange aber eine offizielle Erklärung über die Depeschen des Papstes nicht vorliege, müsse man ständig damit rechnen, daß die Berliner Richtung von ihrem Verleumdungsfeldzuge nicht ablasse. Sollten die nächsten Tage keine Klarheit bringen, so müßte ein Gewerkschaftskongress zusammentreten, der nach dieser Richtung hin bestimmte Forderungen formulieren würde.

Der Lippeische Landtag

wird am 13. Juni zu seiner letzten Tagung zusammentreten. In einigen Monaten finden dann die Neuwahlen statt. Für ihren Ausfall wird das Ergebnis dieser letzten Tagung nicht ohne Bedeutung sein, da eine für das Ländchen außerordentlich wichtige Vorlage der Erledigung harret: die Dominalvorlage, durch die das materielle Verhältnis zwischen dem Staate und dem Fürsten neu geregelt werden soll. Ein Ausschuß hat wochenlang mit den Vertretern des fürstlichen Haus- und Grundbesitzes zusammengehehen, damit eine einwandfreie Zusammenfassung der Rechnungsergebnisse aus der Do-

minialverwaltung zustande komme. Bisher ging eben die Dominalverwaltung mit ihren häuslichen Angelegenheiten sehr geheimnisvoll um, und es fragt sich auch jetzt noch, ob der Ausschuß des Landtages wirklich Gelegenheit gehabt hat, hinter alle Kulissen zu blicken.

Der Landtag selber ist ein Produkt des Dreiklassenwahlrechts, allerdings nicht nach preußischem Vorbild, denn es ist der Arbeiterschaft hier immerhin die Möglichkeit gegeben, ein Drittel der Landtagsmandate zu erringen. Die jetzt zur Entscheidung stehende Dominalfrage ist seit Jahrzehnten geradezu ein Angelpunkt der politischen Tätigkeit im Lande, ein dienstwilliger Ständelandtag hat seinerzeit das Domanium (23 000 Hektar) leichtfertigerweise zu einer fürstlichen Hausgut gemacht, und wie überall bei ähnlichen Verhältnissen, hat sich seitdem auch in Lippe die sprichwörtlich gewordene Not der Kleinrenten, namentlich der arbeitenden Klassen, fühlbar gemacht. Dabei weigert sich der Fürst hartnäckig, eine Zivilliste anzunehmen; er will unbeschränkter Nutznießer am Domaniumbesitz bleiben, dem neuerdings übrigens auch recht erhebliche Einnahmen aus gewerblichen Unternehmungen zufließen. Wie gut die Einnahmen sind, sieht man daran, daß es dem Throninhaber — trotz der erst siebenjährigen „Regierungslosigkeit“ — schon möglich geworden ist, ein Rittergut im Brandenburgischen für 1/2 Millionen Mark zu kaufen. Nachdem der Fürst die Annahme einer Zivilliste abgelehnt hat, ist die Angelegenheit soweit für die Konservativen und Liberalen erledigt; sie wollen auf die Anwendung eines Pressionsmittels, das in einem vor 15 Jahren während des Thronstreits erlassenen Gesetze gegeben ist, verzichten. Man darf auf den Ausgang der Tagung gespannt sein, aber auch darauf, wie die Wähler demnächst über die Parlamentsfähigkeit quittieren werden.

Schweiz.

Für die Klassenjustiz. Im Bezirk Zürich fand am Sonntag eine Ersatzwahl in das Bezirksgericht statt, für die die bürgerlichen Parteien ehmal ganz offen und ungehindert ihre Klassenjustiz proklamierten, während sie sie sonst mit allerlei Phrasen verkleinerten. Da hieß es immer, Richterwahlen seien „unpolitische Wahlen“, wobei nur auf die Tüchtigkeit der Kandidaten zu sehen sei und nicht auf seine Parteizugehörigkeit, was an sich ja ein durchaus richtiger Standpunkt wäre. Allein es wurden dabei in der Regel nur die bürgerlichen Politiker als solche „tüchtige Kandidaten“ erklärt, die sozialdemokratischen Kandidaten als „unfähig“ befunden und mochten es auch die bewährtesten Juristen sein. Bei der jetzigen Wahl wurde endlich ganz offen in der bürgerlichen Presse erklärt: „Welche Bedeutung eine Richterwahl in diesen Streikzeiten hat, müssen die bürgerlichen Wähler wissen.“ Und sie wußten es und wählten ihren reaktionären Dr. Zwingli, während der sozialdemokratische Kandidat, unser Genosse Kaufmann, der seit Jahren zu allseitiger Zufriedenheit als Bezirksanwalt tätig ist, mit 13 199 gegen 14 703 Stimmen unterlag. Die „Christen“ stimmten wie ein Mann für den Geldsacksverteiler Zwingli, der sie für ihre Exzesse freispricht und dafür streikende Arbeiter um so schärfer verurteilt. Die Klassenjustiz ist also offen proklamiert.

Österreich-Ungarn.

Die Durchpeitschung der Wehrvorlage. Nachdem in Ungarn durch den bekannten parlamentarischen Staatsstreik die Wehrvorlage — die eine bedeutende Erhöhung des Rekrutenkontingents bringt — durchgedrückt worden ist, soll das auch in Österreich geschehen. Der stellvertretende Minister v. Heinold beschied die Vertreter der parlamentarischen Parteien zu sich und stellte ihnen ein Ultimatum, das deutlich den berechtigten § 14, das Regieren ohne Parlament, an die Wand malte. Die Sozialdemokraten erklärten sich gegen die Durchpeitschung der Vorlage; dagegen werden wohl alle andern Parteien zu Kreuze kriechen, vielleicht mit Ausnahme einiger kleinen Nationalitätsfraktionen, wie der Dalmatiner und der Ruthenen.

Marokko.

Ein französischer General als Oberfeldherr Marokkos. Die französische Regierung hat ein Dekret erlassen, worin die Amtsbezüge Lyautens als Kommissar und Generalpräsident Frankreichs in Marokko festgesetzt werden. Darin wird bestimmt, daß Lyautey der Träger aller Befugnisse der Republik im scharifischen Reich und der einzige Vermittler des Sultans bei den Vertretern der fremden Mächte sein soll, daß er die Dekrete des Sultans billigen und namens der Regierung der Republik verkünden, den gesamten Verwaltungsdienst leiten, die Landtruppen befehligen und über die Streitkräfte verfügen soll. — Der Sultan hat danach lediglich noch die Funktion eines Steuern verzehrenden Pensionärs, der vielleicht in seinem Harem, nicht aber in Regierungssachen mitzusprechen hat.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 13. Juni.

Landtagsabgeordneter Genosse Wolf Hoffmann in Berlin wird heute abend im Gewerkschaftshaus über den Mißbrauch der Religion zur Unterdrückung des Volkes sprechen. Wir weisen hiermit auf diese Versammlung nochmals hin.

Die „Lübeckischen Blätter“ als Schlepenträger der Sozialdemokratie. Unter dieser sehr durchsichtigen Stiche warfe entrüßelte sich gestern die hiesige „Eisenbahn-Zeitung“, darüber, daß das Organ der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit die Rede des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Haupt gegen den Abonnementversteigerungsunfug zum Abdruck bringt. Man kann es ja verstehen, wenn ein Blatt wie die „Eisenbahn-Ztg.“, das diesen Unfug mitmacht und demselben — nicht seinem Inhalt oder seiner Tendenz — eine Anzahl von Abonnenten verbirgt, schmerzhaft davon berührt wird, daß auch von bürgerlicher Seite gegen derartige Geschäftspraktiken Stellung genommen wird. Da die „Eisenbahn-Ztg.“ jedoch sachlich gegen die Ausführungen unseres Genossen Haupt nichts vorbringen kann, so benutzte sie einfach die „Lübeckischen Blätter“ als Schlepenträger der Sozialdemokratie in der Hoffnung, daß das Schwerten des roten Lappens auf den Spiegel seine Wie-

fung nicht verschlen wird. Uns scheint, daß ein derartiges Verfahren genau auf derselben niedrigen moralischen Stufe steht, wie der Abonnementversicherungsunfall. Wir haben bereits vielfach an konkreten Fällen die Verantwortlichkeit der Abonnementversicherung für die angeblich versicherten nachgewiesen, und wollen sie heute bei dieser passenden Gelegenheit um einige vermehren: Der an der Essener Kreditanstalt als Bortier beschäftigte Invalide Meier war Abnehmer der „Essener Volkszeitung“, die ihre Abonnenten angeblich gegen Unfall versichert. Er glaubte, ebenso wie viele andere, daß seine Familie bei einem ihm zustohenden Unfall Anspruch auf die Versicherungssumme von 300 Mark habe. Am 17. April wurde Meier kurz vor seiner Wohnung, als er von seiner Arbeit kam und einen Teil eines Bettgestells trug, von der Straßenbahn überfahren und starb unmittelbar nach dem Unfall. Die Witwe machte nun ihre Ansprüche geltend und erhielt vom Verlage der „Essener Volkszeitung“ die Antwort, daß er die Zahlung der 300 Mark ablehnen müsse, weil die Bestimmungen des § 2 der Versicherungsbedingungen nicht erfüllt seien. Dieser Paragraph ist für viele Abonnenten der wahre Fallstrick, denn nach ihm werden die Unfälle nicht entschädigt, wenn sie auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle passieren. Alle Bitten und Reklamationen nützen nichts, der Verlag zahlte nicht und die Witwe hat nun den Schaden. Eine Klage würde auch selbstredend aussichtslos sein, denn der Verlag hat die Versicherungsbedingungen nicht verletzt. Was aber den vorliegenden Fall besonders kennzeichnet, ist der Umstand, daß der Verunglückte 23 Jahre Abnehmer der Essener Volkszeitung war. Die Frau selbst hat über zehn Jahre die Volkszeitung ausgetragen, immer zur Zufriedenheit ihrer Auftraggeber. Einen ähnlichen Vorfall, den wir schon einmal angedeutet: Ein Abnehmer der Neuesten Nachrichten zu Hamburg verunglückte tödlich und seine Hinterbliebenen forderten von dem Verlage der Zeitung 1000 Mark, weil der Verunglückte als Abnehmer gegen Unfall mit Todeserfall in Höhe dieses Betrages versichert gewesen sei. Der Verlag lehnte Zahlung ab, da die letzten Postquittungen nicht vom Verunglückten unterschrieben worden seien. Das hanseatische Oberlandesgericht zu Hamburg verurteilte aber den Verlag zur Zahlung, weil — so heißt es im Urteil — das Unterlassen der Namensunterschrift nicht nur als eine unverschuldete, sondern als eine durch mißverständliche Bestimmungen der Beklagten geradezu herbeigeführte angesehen werden muß. Und als ganz besonders ist hier darauf hinzuweisen, daß die Beklagte über jeder Nummer ihrer Zeitung abdruckt, die Abonnenten seien, sofern nicht einzelne Personen nach Maßgabe der Versicherungsbedingungen ausgeschlossen seien, für je 1000 Mk. gegen Unfall mit tödlichem Ausgange ohne jede Nachzahlung versichert, und jeden Hinweis darauf, daß zu dieser Versicherung als „Voraussetzung“ die Namensunterschrift auf den Quittungen erforderlich sei, unterläßt. So machen manche Verlage in Abonnentenversicherung, und die Arbeiter sind die Geschädigten.

Die „Sanierungs“-Generalversammlung der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft beschäftigt noch immer lebhaft die kapitalistische Presse. So schreibt jetzt die hiesige demokratische „Frankfurter Zeitung“: Der telegraphische Bericht über die Generalversammlung der Gesellschaft ließ bereits erkennen, daß die Versuche einer Aktionärsänderung, für die unständigen außerordentlich hohen Verluste einen Regress an die alte dafür verantwortliche Verwaltung zu nehmen, gescheitert sind und zwar an der Haltung des bei der Gesellschaft jetzt herrschenden Drenstein & Koppel-Konzerns, an welchem die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft bekanntlich seit einiger Zeit angegliedert ist. Man kann es bedauern, daß die von den Lübecker Persönlichkeiten beantragte Einsetzung einer Revisionskommission unter den Tisch fiel. Sie hätte feststellen können, auf wen nun denn eigentlich die Verantwortlichkeit für den Niedergang der Gesellschaft im einzelnen fällt und ob tatsächlich so umfangreiche Abschreibungen, wie sie jetzt vorgenommen werden, erforderlich waren. Denn die vom Drenstein u. Koppel-Konzern unabhängigen Aktionäre des Lübecker Unternehmens weisen zum Teil darauf hin, daß die Abschreibungen übertrieben scharf vorgenommen worden seien. Jedenfalls hätte der große Umfang der Abbuchungen dringend eine erschöpfende Darlegung der Verwaltung über Zweck und Notwendigkeit nahegelegt. So wenig befriedigend somit die Generalversammlung nach dieser Richtung verlief, so ist andererseits zu begrüßen, daß die Leitung des Drenstein u. Koppel-Konzerns der an dieser Stelle gegebenen Anregung entsprechend sich bereit erklärt, den Lübecker Stammaktionären ein Umtauschangebot für ihre Aktien gegen Drenstein-Aktien zu machen. Zu Beschlüssen hierüber ist es bis jetzt noch nicht gekommen; man darf aber wohl annehmen, daß diese Angelegenheit in naher Zeit erledigt wird. Der Leiter des Drenstein u. Koppel-Konzerns nahm in Aussicht, für je 3 Lübecker Stammaktien 1 Aktie der Drenstein-Koppel-Gesellschaft mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1912 zu geben, falls für einen gewissen Mindestbetrag der Lübecker Aktien der Umtausch vorgezogen wird. Auf diese Weise erhalten jedenfalls die Lübecker Einzelaktionäre die Möglichkeit, ein Papier zu beziehen, das ihnen eine Rente bringt und das auch Aussicht auf baldige Börsenfähigkeit besitzt. Ob das Umtauschverhältnis den berechtigten Forderungen der Lübecker Interessenten entspricht, ist schwer zu beurteilen, da als Grundlage nur die von der Verwaltung präferierte Bilanzaufmachung mit ihren Abschwüngen vorhanden ist, deren Höhe von mancher Seite als übertrieben bezeichnet wird.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte, war außergewöhnlich stark besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Genossen Sahmann, Singelmann und Markmann in der üblichen Weise geehrt. Hierauf erhielt der Reichstagsabgeordnete Genosse Paul Göhre das Wort zu seinem Vortrag: „Das religiöse Problem und die Arbeiterklasse.“ Genosse Göhre entschuldigte zunächst sein Ausbleiben in der Volksversammlung vom 15. März. Nicht er habe damals schuld gehabt, sondern die preußische Eisenbahn. Auf sein Thema übergehend führte dann der Redner u. a. folgendes aus: Das religiöse Problem findet bei den Arbeitermassen immer mehr Interesse und ist darum wert, auch einmal in einer Parteiversammlung erörtert zu werden. Was sagt uns das Parteiprogramm über das religiöse Problem und die Arbeiterklasse? Sie wissen alle, daß sich im Programm ein Punkt 6 findet, der fordert, die Religion zur Privatsache zu erklären und alle öffentlichen Mittel für kirchliche Zwecke zu verweigern. Nach meiner Meinung ist dieser Passus unseres Programms sehr geschickt formuliert und erschöpft alles, was zu dem Thema zu sagen ist, in knapper Form. Die Forderung, daß der Staat die Religion zur Privatsache erklärt, ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Wir haben durchaus noch keine Religionsfreiheit in Deutschland. Die Kinder von Dissidenten werden gezwungen, den Religionsunterricht in der Volksschule zu besuchen. Beim Militär werden die Rekruten-Dissidenten vom Militärpfarrer solange bearbeitet,

bis sie sich taufen und konfirmieren lassen. Es hat in Deutschland bisher nur in Hessen einen Minister gegeben, der konfessionslos gewesen ist. Es war eine Ausnahmeseheining. Alle bürgerlichen Parteien verlangen in punkto Religion reine Wäsche. Nur die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die in ihren Reihen vollste Religionsfreiheit duldet. Unsere Partei verlangt nicht die Abschaffung von Gott, sondern sie verlangt, daß die Religionsgemeinschaften ihre Aufwendungen selbst bezahlen. Unsere Partei steht allen kirchlichen Organisationen neutral und tolerant gegenüber. Freilich es gibt Ausnahmen. Dort wo die Geistlichen offen gegen die Sozialdemokratie vorgehen, vornehmlich in den Zentrumsdomänen die katholischen Kapläne, die im Weichheitsgefühl gegen uns hegen, können sie natürlich nicht Neutralität von uns fordern. Die Freireligiösen mit ihrer Forderung des Zwanges zum Kirchenaustritt sind jedoch mit Recht von der Partei abgewiesen worden. Trotz unserer Neutralität sehen wir aber, daß sich die Arbeitermassen von Jahr zu Jahr immer zahlreicher von der Kirche abwenden. Die Abkehr von der Religion und der Kirche erscheint zum Teil in Ost, zum Teil im Austritt aus der Kirche, bei wieder anderen in Spott und Hohn, bei den meisten in Gleichgültigkeit gegenüber allen kirchlichen Dingen. Woran liegt das? In der Hauptsache sind es zwei Gründe, die da in Betracht kommen, der erste Grund liegt auf ephäem Gebiet, der andere in der Weltanschauung. Früher war das Christentum eine Religion der Mühseligen und Beladenen. Das heutige Christentum ist eine Religion der Besitzenden und Herrschenden. Redner steht auf dem Standpunkt, daß Jesus Christus eine geschichtliche Persönlichkeit war. Aber Christus und seine Anhänger waren keine Sozialpolitiker. Es ist falsch, wenn ältere Parteigenossen sagen: Christus war der erste Sozialdemokrat. Christus kannte keine Politik. Er schaute über die Dinge dieser Erde hinweg in seinen eingebildeten Himmel hinein. Das war seine Anschauung. Dafür hat er gekämpft. Dafür ist er gestorben. Die Anhänger, die seine Lehre aufnahmen, waren Arme und Glende. Es ist das geschichtlich Große, daß Jesus auch Ernst machte mit seiner Anschauung. Vor allem war die Nächstenliebe die Voraussetzung für seine Lehre. Darum führten auch die christlichen Bruderschaften zu einer Art kommunistischer Lebensgemeinschaft. Christus hat ja mit seinen Jüngern selbst so gelebt. Judas war bekanntlich der Kassierer. Er führte den Säckel. In der Apostelgeschichte ist der Kommunismus der Urchristen nachgewiesen. Das waren sozusagen die ersten Konsumvereine auf der Welt. Man brauchte sogar zum Unterschied von den heutigen kein Geld mitzubringen. Jeder Bruder bekam dort was er brauchte. Man warf eben alles zusammen, weil man an die baldige Erfüllung des christlichen Zieles, auf die Erlösung, hoffte. Diese sittlich sozialen Grundsätze werden aber von der heutigen Kirche nicht mehr propagiert. Die Sozialdemokratie ist in ihren Idealen die einzige Erbin der Lehre des Nazareners. Die internationale Solidarität unserer Partei beweist das. Die heutige Kirche hat mit jenem urchristlichen Geist nichts mehr gemeinsam. Vom Jahre 325 an, in dem die christliche Kirche Staatsreligion wurde, ist sie zur Klassenkirche geworden und ist das geblieben bis auf den heutigen Tag. Die Kirche wurde als Herrschaftsmittel benutzt. Die Geistlichen haben den christlichen Geist umgestaltet nach der Ansicht der Besitzenden und Herrschenden. Der Fluch aus dem alten Testament „Im Schweiß deines Angesichtes sollst du dein Brot essen“, ist als göttliches Gebot umgefälscht worden. Auch aus dem neuen Testament sind Fälschungen zu konstatieren, weil z. B. das Wort Jesu: „Arme habt ihr allezeit bei euch, mich aber habt ihr nicht allezeit bei euch.“ Das soll für den Beweis herhalten, es müsse immer und ewig Arme geben. Man schlägt faktblütig der urchristlichen Anschauung ins Gesicht. Im späteren Mittelalter sind sogar Bischöfe so weit gegangen, Sklaven zu halten. Die nannten sich auch Christen und Stellvertreter Jesu. Die Jesuiten brachten nach der Entdeckung Amerikas das Neger-sklaventum im Namen Gottes nach Amerika. Die Leibeigenschaft im deutschen Volke und die Hörigkeit, wo der Bauer Eigentum der Ritter war, wo diese Kränken — unsere Väter — ausgebeutet wurden bis aufs Blut, wurde auch im Namen Gottes eingeführt. In Mecklenburg ist es vorgekommen, daß eine Bauernfamilie gegen eine Koppel Hund ausgetauscht wurde. Und in der Kirche predigte man von der Liebe Gottes für die Menschen. Luther — der mit seinen Flugschriften den Bauernaufstand hervorrief — weil die Bauern meinten, endlich sollte die Freiheit für sie kommen — sprang den Bauern nicht bei, sondern forderte, sie totzuschlagen. Er und die Kirche wüteten geradezu gegen die Bauern. Erst im Jahre 1807 ist in Deutschland die Leibeigenschaft beseitigt worden. Aber nicht etwa unter dem Einflusse der Kirche, sondern unter dem Einflusse der französischen Revolution. Und als dann der Kapitalismus die Lohnsklaverei brachte — die heute noch besteht — da hat die Kirche wieder mit verschränkten Armen zugesehen und ihren Segen dazu gegeben, daß die Massen degenerierten und zu Laufen den in Elend hinstarben. Die Kirche sah die Massen bluten und die Geldgräben der Reichen sich füllen und ließ das nicht nur geschehen, sondern deutete es als Gottes Gebot. In meinem Wahlkreise gibt es Heimarbeit, wo Vater, Mutter und Kinder bis zum sechsten Jahre herab 14—18 Stunden pro Tag arbeiten und in der Woche alle zusammen 9, 10 oder 11 Mark verdienen. Und die ergebnislosen Unternehmer nennen sich sehr fromm. In Grimnitzhau haben wir es erlebt, daß die Geistlichen nicht den armen Weibern beistanden, sondern den reichen Textilbaronen. Nun sollte man meinen, daß diese reichen Schillinge recht tief in den Säckel greifen, wenn es gilt für die Kirche Opfer zu bringen. Das Gegenteil ist der Fall. Ich kenne Arme, die mehr geben als sie. Die Reichen geben meist nur, wenn sie in aller Öffentlichkeit mit ihren Gaben prunken können. Es gibt ja heute Geistliche, die mit den Massen sympathisieren. Aber die dürfen ihre Meinung nicht äußern, wenn sie nicht auf die Straße fliegen sollen, mir ist es ja so ergangen. Alles das hat dazu beigetragen, daß die Massen nichts mehr glauben und von der Kirche sich immer zahlreicher abwenden. Das war der erste Grund der Abkehr von der Kirche. Der zweite Grund liegt auf dem Gebiet der Weltanschauung. Die Kirche hängt noch mit der antiken Weltanschauung zusammen, die Massen dagegen wenden sich der modernen Weltanschauung zu. Der alten Weltanschauung liegt ein Bild von der Welt zugrunde, nach welchem die Erde eine Scheibe ist und den Mittelpunkt der gesamten Welt bildet. Aber ihr wölbt sich der Himmel wie eine große Glasglocke. Unter ihr befand sich die Hölle. Oben im Himmel Gott und unter der Erdscheibe in der Hölle der Teufel. Das war die höchste Form der Weltanschauung für die Alten. Alles Weltgeschehen spielte sich zwischen Göttern und Teufeln ab. Als dann sich auch Gelehrte dem Christentum zuwandten, da wurde jahrhundertlang über die Vorstellung der Welt gestritten und der Niederschlag des Nachdenkens zeigte sich als Weltbild in den drei Artikeln, die alle in der Schule auswendig lernen mußten. Und diese alte Auffassung wird heute noch acht Jahre lang in der Schule den Kindern eingetrichtert. Im schärfsten Gegensatz zu diesem alten Weltbild steht die moderne Auffassung, die auf der Naturwissenschaft aufgebaut ist. Da ist die Erde nur ein winziger Planet. Das Sonnensystem eins von ungezählten. Da ist die Erde ein Stäubchen im Weltraum. Die Entwicklung hat nachgewiesen, wie aus

der Zelle — dem Protoplasma — sich die Fische, die Vögel, die Säugtiere, und an ihrem Ende der Mensch entwickelt hat, der selber noch in der Entwicklung begriffen ist und ungeheuren Zielen zustrebt. Aus dem Muskelwesen ist das Gehirnwesen geworden. Und wenn der Arbeiter in diesem Strome sich umschaut nach einer Schicksalsfügung, nach einem Gott, der ihm helfen soll, dann greift er ins Leere. Daher die Abkehr vom Christentum. Nun wird die Frage aufgeworfen sein, ob diese Abkehrbewegung eine vorübergehende Erscheinung ist. Man glaube unter der jungen Geistlichkeit, daß die Arbeitermassen wieder zurückkehren zur Kirche. Doch die Frage aufwerfen, heißt sie verneinen. Die Kirche wird untergehen mit dem kapitalistischen Klassenstaat. Aber wenn das der Fall ist, daß wir in bezug auf die Religion an einer Weltende stehen, dann muß es auch ausgesprochen werden, daß wir keine religiösen Bedürfnisse haben und innerlich mit der Kirche nichts mehr zu schaffen haben will, dann auch äußerlich reinen Tisch machen und aus dieser Religionsgemeinschaft ausscheiden sollte. Man steht es ja an den Kindern, daß diese keine religiösen Bedürfnisse haben. Wenn man sie zwei Jahre nach der Schulentlassung fragt, wissen sie fast nichts mehr von der Religion. Auf dem Lande glauben die Leute, es müsse sein, in die Kirche zu gehen. Kommen diese dann in die Stadt, vergessen sie die Kirche sehr schnell. Sie hatten also überhaupt keine religiöse Veranlagung. Die Genossen, die mit der Kirche längst fertig sind, müssen auch die Konsequenz ziehen und aus der Kirche austreten. Das erfordert schon die Achtung vor sich selbst. Mit dem Christentum haben sie nichts mehr zu schaffen. Doch ist nicht ausgeschlossen, daß einmal eine neue Kirche kommt, in der auch die Ideale der Sozialdemokraten gepredigt werden. Das Passafische Wort: Die Arbeiterklasse ist der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut wird, geht bestimmt in Erfüllung. Die Austrittsbewegung ist also keine vorübergehende Erscheinung. Sie wurzelt in den Verhältnissen des Klassenstaates, die die Menschen zur Religionslosigkeit bringen zu einer Zeit, in der sie ebenlo glücklich und noch glücklicher leben wie heute. (Ganganhaltender Beifall.)

In der Diskussion vertraten zwei Genossen den Standpunkt, daß die Austrittsbewegung aus der Kirche von der Sozialdemokratie gefördert werden müßte, und daß auf dem Parteitag dementsprechende Beschlüsse zu fassen seien. Nicht nur dem Genossen Göhre Beifall klatschen, sondern dann auch die Konsequenzen ziehen sei notwendig. In seinem Schlußwort betonte Genosse Göhre, daß es verfehlt sei, Zwang auszuüben. Man dürfe die Partei weder in den Dienst der Kirche noch in den Dienst der Freireligion stellen. Ihr bisheriger Standpunkt sei klug und korrekt. Auf dem wirtschaftlichen Gebiete müsse Ordnung herrschen, auf dem politischen Freiheit, auf dem geistigen Anarchie. (Beifall.) Hierauf gab Genosse Bromme die Abrechnung über die Maifeier und den Maifeiertag. Einer Gesamt-Einnahme von 1627,50 Mark standen 1546,60 Mark Ausgaben gegenüber, so daß ein Überschuss von 80,90 Mk. zu verzeichnen ist. Das finanzielle Ergebnis sei schlecht und sei verursacht durch die Ausgaben für den Festplatz und die dadurch erhöhte Aufwendung für Musik und Inszenierung. Für den Maifonds seien an Tageserlösen abgelistet worden 698,88 Mk. Nur drei Genossen hätten nicht abgeliefert. Zwei haben um Stundung wegen Todesfall gebeten und einen um Erlaß, wegen ähnlicher Umstände. Der Vorstand sei jedoch zu dem Beschluß gekommen, nur Stundung bis 1. Juli aber keinen Erlaß zu gewähren. Über die Maifeier und die Beteiligung einiger Berufsgruppen an derselben entspann sich eine lange Debatte, die schließlich infolge eines Schlußantrages abgebrochen wurde. Genosse Kröger, der Parteisekretär für Mecklenburg, forderte alle Arbeiter, die im 1. mecklenburgischen Wahlkreise wohnen und dort wahlberechtigt sind, auf, am 20. Juni ihr Wahlrecht auszuüben. Gegen Mitternacht wurde dann die Versammlung geschlossen.

Schiffsliste für billige Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pfennig für je 20 Gramm): Die Portoermäßigung erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw., und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach den anderen Gebieten Amerikas, zum Beispiel Kanada. „Cincinnati“ ab Hamburg 15. Juni, „Kaiser Wilhelm der Große“ ab Bremen 20. Juni, „Berlin“ ab Bremen 22. Juni, „Kronprinzessin Cecilie“ ab Bremen 25. Juni, „Amerika“ ab Hamburg 27. Juni, „George Washington“ ab Bremen 29. Juni, „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremen 2. Juli, „Kaiser Wilhelm II.“ ab Bremen 9. Juli, „Kaiserin Auguste Victoria“ ab Hamburg 13. Juli. Postschluß nach Ankunft der Frähzüge. Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Beförderungsgelegenheit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk, wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“ zu versehen.

Doppel-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 12. Juni, morgens 6 Uhr: Wasser 18½, Luft 14, morgens 10 Uhr: Wasser 19, Luft 20; mittags 12 Uhr: Wasser 19½, Luft 21; abends 6 Uhr: Wasser 20½, Luft 18 Grad Celsius.

pb. Warnung vor einem Schwindler. Ein bisher nicht ermittelter Schwindler erschien in den letzten Tagen bei mehreren hiesigen Einwohnern und erhob Mitgliedsbeiträge für den Vaterländischen Frauenverein. Die Quittungen, die er dabei überreichte, waren mit „Eichenburg“, Schachmeister W. F. B. unterzeichnet. Die festgestellt, handelt es sich um einen Menschen, der auch schon in Hamburg in der gleichen Weise aufgetreten ist. Die von ihm benutzten Quittungen sind falsch, denn sie tragen nicht den „Roten Kreuz“-Stempel des Vereins, sondern den einfachen blau aufgedruckten Stempel W. F. B.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Stotelsdorf, der von einem Grundstück der Schönböckenerstraße zwei Messingtessel gestohlen hat.

pb. Diebstahl. In den letzten Tagen sind aus einer verschlossenen Hude beim Neubau des Krankenhauses 40 Stück Messingverschraubungen für Heizkörper gestohlen worden.

Wie schützt man Milch vor schnellerem Verderben. Zur Behandlung der Milch hat der Berliner Polizeipräsident folgende zeitgemäße Warnung erlassen: In der heißen Jahreszeit pflegen durch Zeitungsinsertate und gedruckte Rundschreiben allerlei chemische Präparate, meist unter Phantasienamen und ohne Angabe der Zusammenstellung, als Zusätze zur Milch, um deren Gerinnung zu verzögern, empfohlen zu werden. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser Mittel wird dringend gewarnt. Es ist keine chemische Substanz bekannt, die imstande wäre, die Milch frisch zu erhalten und vor dem Gerinnen zu bewahren, ohne ihr gleichzeitig gesundheitschädliche Eigenschaften zu verleihen. Das einzig empfehlenswerte Verfahren, um im Haushalte die Milch vor dem Sauerwerden möglichst lange zu schützen, ist, die Milch so frisch wie möglich zu kaufen, sofort nach dem Ankauf 5 bis 10 Minuten etwa bis zum Kochen zu erhitzen und sie alsdann schnell abgekühlt am kühlen Orte in einem Gefäße mit überfließendem Deckel, und zwar am besten ohne Um-

sehen in dem Gefäße, das zum Aufkochen diente, aufzubewahren. Milch, die kleineren Kindern gegeben wird, sollte vor Verabfolgung an sie jedesmal erst von einem Erwachsenen gekostet werden, um festzustellen, ob sie auch nicht sauer oder bitter schmeckt. Wer Milch, die mit chemischen Konservierungsmitteln versetzt ist, einführt, feilhält oder verkauft, hat Verletzung auf Grund von § 3 f der Polizeiverordnung vom 15. März 1902 und Verfolgung auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes zu gewärtigen.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 14. d. Mts., abends 6-7 Uhr.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Das neue Schauspiel „Die konfiszierte Venus“ übt starke Anziehungskraft aus. „Reichen Beifall findet die feine Vortragskünstlerin Gretel Mayhof, ferner „Ramsenit“ und die übrigen, durchwegs interessanten Darbietungen. Das Theater ist täglich sehr gut besucht. Am Montag findet wieder eine vollständige Vorstellung zu kleinen Preisen (1 Mk., 50 und 30 Pf.) statt.

e. Stodsdorf. Die Stodsdorfer Gewerkschaften veranstalten am Sonntag, dem 16. Juni, einen Ausflug nach Padelügge mit abends folgendem Ball bei Baetan in Fackenburg. Hoffentlich wird Jupiter Pluvius die Schleißen dicht halten und unsere Gewerkschaften von Lübeck und Schwartau uns unterstützen.

Kiel. Persönlichkeitsrechte im Großbetrieb. Bei der Firma Fr. Krupp A. G. Germania werft in Kiel zirkulierte am 3. Juni folgendes Rundschreiben:

Rundschreiben Nr. 33.
Anfolge entstandener Unzuträglichkeiten ist für die Gesamtfirma angeordnet worden, daß den Beamten der Firma, wie schon in den bestehenden Bestimmungen festgelegt, jede Nebenbeschäftigung, auch solche zwecks Erlangung akademischer Grade, verboten ist.

Kiel-Gaarden, den 3. Juni 1912.
Friedr. Krupp A. G.
Germaniawerft
gez. Regenbogen. gez. Bauer.
Anlässlich dieses Rundschreibens erinnert die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“ daran, daß vor einigen Jahren einem Ingenieur der Germaniawerft, dem von seiner Partei eine Kandidatur als Stadtverordneter angeboten war, der

technische Direktor durch ganze Bureau hindurch zurief: „Wenn Sie die Kandidatur annehmen, dann fliegen Sie raus.“ Es zeigt, daß sich der Geist, der auf der Germania werft herrscht, seit diesem Vorkommnis noch nicht geändert hat. Andere Großbetriebe lassen wenigstens die Möglichkeit einer ehrenamtlichen Tätigkeit offen und verlangen nur, daß der Angestellte sich dazu die Genehmigung der Direktion erteilen lasse. Auf der Germania werft ist man weniger bedenklich. Da will man bei den Angestellten gar nicht erst den Gedanken hochkommen lassen, daß sie Staatsbürger sind, die schließlich auch einmal ein bürgerliches Ehrenamt bekleiden könnten, sondern bekennen sich, kraft seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit, in aller Gelassenheit zu dem schönen Worte: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben.“ Recht interessant ist, daß auch eine Nebenbeschäftigung zwecks Erlangung akademischer Grade verboten sein soll. Wer wohl ein so brennendes Interesse daran haben mag, daß die „unteren Techniker“ keine akademischen Grade erreichen? übrigens ein prächtiges Zeugnis für das kulturelle Niveau der Werftleitung, diese Bestimmung! Es hat von jeher als ein besonderes Kennzeichen aller Finsterlinge gegolten, daß sie Bildungsbestrebungen aus Angst vor der Aufklärung der Unterdrückten, feindselig gegenüberstehen. Neu ist vielleicht, daß nun auch ein industrielles Werk dazu übergeht, seinen Angestellten die Fortbildung zu untersagen.

Saderleben. Fünf Personen ertrunken. Die „Schleswig-holsteinische Grenzpost“ meldet: Mittwoch nachmittag ist ein Motorboot aus Scherrebek, das mit fünfzig Personen nach Ballum fuhr, in der Nordsee bei Nyberg gesentert. Zwei Damen und drei Herren aus Scherrebek sind ertrunken.

Samburg. Ein Kind von einem Kraftwagen überfahren und getötet. Die schon oft gerügte Unsitte der Kinder, sich an ein fahrendes Fuhrwerk zu hängen, hat am Dienstag einen tödlichen Unfall zur Folge gehabt. Der 5-jährige Sohn der Eheleute Ulrich hing sich mit anderen Knaben an einen fahrenden Geschäftswagen. Plötzlich lief er hinter dem Wagen hervor und direkt vor die Räder eines aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Kraftfahrzeuges. Der Führer des Kraftwagens konnte sein Fahrzeug nicht sofort zum Stehen bringen, sodaß die Räder über den Körper des kleinen U. hinweggingen und ihm so schwere Verletzungen zufügten, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Aus der Jugendbewegung.

Arbeiterjugendbekämpfung durch Lehrverträge. Aus Halle a. S. berichtet man: Einen neuen Vorstoß gegen die Arbeiterjugendbestrebungen und die gewerkschaftliche Organisation unternimmt die Innung vor dem Zivilgericht. Der Böttcherlehrling W., der zu Ostern ausgelernt hat, in seinen Arbeiten firm ist und auch ein anerkannt gutes Gesellenstück geliefert hat, wurde von der Böttchertinnung nicht zum Gesellen „losgeprochen“, weil er vor Beendigung seiner Lehrzeit dem Verbande der Böttcher u. s. w., einer gewerkschaftlichen Organisation, beigetreten ist. Die Innung stützt sich bei ihrem Tun auf einen mit dem Lehrling abgeschlossenen Vertrag, nach dem der Lehrling ohne Genehmigung des Lehrherrn während der Lehrzeit Vereinen irgend welcher Art nicht beitreten durfte. Der junge W. verzichtete auf den „Lehrbriefsegen“; er wurde von einem anderen Meister mit Freunden als Geselle aufgenommen und erbrachte dort den Befähigungsnachweis als tüchtiger Böttcher. Die Innung, die jedenfalls nichts dagegen gehabt hätte, wenn der Lehrling einem evangelischen Jünglingsverein, dem Wehrkraftverein u. s. w. beigetreten wäre, ist empört über den „Lehrling“ und sein Meister klagt nun vor dem Amtsgericht. Er verlangt „nur“, daß der Lehrling wegen Verstoßes gegen den Lehrvertrag 20 Mk. zahle und eventuell noch drei Monate nachlerne. — Was das Gericht zu der „außergewöhnlich bescheidenen“ Forderung sagen wird, darauf darf man sehr gespannt sein.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein
Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.
Hamburg, 12. Juni
1. Klasse 721 Drittel zu 117,33 Mk. im Durchschnitt.
2. „ 42 „ 111,32 „
Unverkauft blieben — Tonnen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

**Arbeiter! Arbeiterinnen! Für heute abend lautet die Parole:
Auf in die Volks-Versammlung im Gewerkschaftshaus!
Adolf Hoffmann (Berlin) spricht über: Der Mißbrauch der Religion zur Unterdrückung des Volkes.**

Ortsgruppe Lübeck des Verbandes der proletarischen Freidenker Deutschlands.

Am Dienstag, dem 11. Juni, entließ sich nach langem schwerem Leiden im 45. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Bruder und Schwager, der Zoller **Joachim Mahnke.**
Lübeck, Waisenhofstraße 21.
Die Beerdigung findet statt am Sonnabend, dem 15. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Borwerker Friedhofs aus.
Dora Mahnke, geb. Schütt.

Sozialdemokratischer Verein
Am Mittwoch verstarb unser Mitglied, der Zoller **J. Mahnke.**
Waisenhofstraße 21. (1082)
Ehre seinem Andenken.
Die Parteigenossen versammeln sich zur Beerdigung am Sonnabend nachmittags 2 1/2 Uhr im „Weißes Gericht“, Krempeledorfer Allee.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Am 11. Juni starb unser Mitglied der Zoller **Joachim Mahnke.**
Ehre seinem Andenken.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 15. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Kapelle des Borwerker Friedhofs aus statt.
Die Kollegen versammeln sich um 2 Uhr bei Post, „Weißes Gericht“.
Zehnjährige Beerdigung erwartet 1083). **Die Ortsverwaltung.**
Zum 1. Juli Zwei-Zimmer-Wohnung und zwei leere Zimmer zu vermieten
Sodomstraße 11 a.

Zum 1. Juli 1. Et., 5 Zim., zu verm.
40 Rottwischstraße 40
2 Zimmer u. Zubehör, 150 Mk. (1089)
Näheres daselbst Sinterhans.
Ein Zweizimmer mit Wohnung zu vermieten zu 300 Mk. (1085)
L. u. R. P. 36 an die Exp.
Handwagen zu verm.
Staube 15 Pf. (1061)
Gleichenstraße 15.
Fahrg zu verkaufen 1 Suppenkessel, 1 Suppenpfanne, 1 Suppenkessel, 1 Suppenkessel, 1 Suppenkessel.
Gleichenstraße 53 B.
In Italien gesucht ein alter Handwagen zum Wägen ausführen. Angebot unter A K an die Expedition d. Bl. (1071)

Ein fast neues Geschäfts-Rad billig zu verkaufen.
1069) Hundestraße 20.
Zu verkaufen 2 Bettstellen mit Matratze (zweischläfrig).
1082) Fackenburg, Allee 53 B, nt.

Roman „Fürst Manstis Dächter“, 80 Seiten, zu verkaufen (1068)
Nähe 18. I.
Wegen Blapman gel billig zu verkaufen ein gebranntes Soja
1067) Lichte Querstr. 9/3.

Zu verkaufen das Haus Fackenburg, Motier Straße 21, mit zwei Drei-Stuben-Wohnungen, Boden, Keller, Stall u. Gartenland. (1079)
Gut erhaltenes Neol mit Schubladen zu verkaufen.
E. Schmidt, Stodsdorf, (1083)
Lohstraße 19.

Eine Zedelhündin
zu verkaufen, 6 Monate alt.
1077) Riegelstr. 114 L.
Zu verkaufen ein (1064)
großer Zugänger.
Schwartau, Ralkenhof 13.

Kartoffeln
Magnum bonum, Französische (928) und neue Italiener.
C. Heese, Lars Jacobsen Nachf.,
Meierstraße 26. Telefon 1449.

Größte Banntafel u. Kraumacher Doppel-Kammer. (1072)
August Maab,
Seierstraße 18.

Die Arbeiter-Garderoben aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kohn. Markt 4 **10**
sind vorrätig bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. I. a.:
Leberhosen . . . 2.20-6.45
Mauerhosen . . . 2.60-6.75
Schlauerhosen . . . 1.88-5.25
Hüftgehosen . . . 1.08-2.35
Zwischenhosen . . . 1.68-3.25
Kinnchen-Jacken, jährige u. gerade, 1.25, Kragen, Hemden, Schlafterjacken, Anorakjacken, Mäntel, erträglich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Tabac.**

Die Fraktionsbilder
sind jetzt wieder vorrätig.
Sachhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46

Knorr Suppen-Würfel
Weibertreu
Erbsen m. Speck
Wer probt, der lobt

Ausflug
der Gewerkschaften Stodsdorfs u. U.
nach Padelügge mit Musik und Fahnen
am Sonntag, dem 16. Juni 1912.

Abmarsch vom Stodsdorfer Marktplatz präzis 1 Uhr. Nach Ankunft daselbst: Festrede und Konzert. Nach einem längeren Aufenthalt daselbst: Abmarsch nach Hohenkriege. Von dort aus: Rückmarsch abends 7 Uhr nach F. L. Pactan, Fackenburg. Hier endet das Fest mit einem Ball.
Die umliegenden Vereine sind freundlichst eingeladen. (1070)
Preis der Karte 30 Pf. Das Komitee.

Damen-Sohlen von 2.25 Mk. an
Damen-Sohlen von 1.40
Herren-Abzüge von 0.75
Damen-Abzüge von 0.50
Kinder-Sohlen und Abzüge
1076) von 1.00 Mk. an
Johannes Voß, Stjär. 90.

Orte Magnum bonum u. Speckkartoffeln, 5 Pf. 20 und 30 Pf. empfiehlt **C. Prestin**, (1080) Fleißhauerstraße 60.

Achtung!
Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Distrikt Stodsdorf.
Sammeln der Kollegen zum Gewerkschaftsfest im Vereinslokal, S. Dose. Abmarsch nach dem Marktplatz präzis 12 1/2 Uhr. Recht zahlreiches Erscheinen erwünscht. (1073)
Die Distriktsleitung.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Freitag, dem 14. Juni 1912
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
3. Wahl der Vertreter zu der am 30. Juni in Ehrensdorf stattfindenden Generalversammlung.
4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht (1078) **Die Ortsverwaltung.**

Buchdrucker-Verein
in Lübeck.

Sonntag, d. 23. Juni 1912:
Ausfahrt nach Boltenhagen

per Dampfer „Seeadler“.
Abfahrt 6 1/2 Uhr bei der Drehbrücke Rückfahrt von Boltenhagen
: 7 1/2 Uhr abends. :
Fahrtpreis a Person 2.00 Mk.
Kinder die Hälfte.
Karten sind zu entnehmen bei Joh. Körner, Brölingstr. 23, II., oder in der Druckerei des „Lübecker Volksboten“.
Das Komitee.

Hansa-Theater.
Kurzes Gastspiel des Intimen Theaters aus **Hamburg.**
„Ramsenit“
Gretel Mayhof
und die übrigen Schläger.
Neu! 1075 Neu!
Die konfiszierte Venus.
Anfang 1/29 Uhr. Ende 11 Uhr.

Gerechter Lohn für gerechte Arbeit.

In den gewaltigen Lohnkämpfen der letzten Zeit, besonders auch in den Erörterungen über den englischen Bergarbeiterstreik und die Mindestlohnbill konnte man immer wieder von liberaler Seite den Appell an den Gerechtigkeitsfimmel der Besitzenden vernehmen. Es ist nicht mehr wie recht und billig, daß man den Arbeitern den Lohn erhöht, hieß es, und auf die Anerkennung der „berechtigten Forderungen“ der Arbeiter laßen sich schließlich selbst solche liberalen Blätter etwas zugute, die sonst in allen reaktionären Farben schillern. Sie glaubten damit eine besonders arbeiterfreundliche Gesinnung zu bekunden, spielten sich mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit auf und ahnen gar nicht, wie oberflächlich und reaktionär ihr ganzes Gerede ist. Aber auch in der Arbeiterschaft selbst spukte die Vorstellung vom gerechten Lohn für gerechte Arbeit als ein Hilfsmittel für die soziale Not herum. Da erscheint es zweckmäßig, einen Aufsatz von Friedrich Engels zu veröffentlichen, den unser Altmeister in den achtziger Jahren für das englische Arbeiterblatt *The Labour Standard* schrieb und in dem er die Frage in meisterhaft kurzer Form auf ihren Kern untersucht, die Illusionen, die sich aus ihrer oberflächlichen Betrachtung ergeben, zerstört und von Konsequenz zu Konsequenz fortschreitet zu der Forderung, deren Verwirklichung die wahre Befreiung der Arbeiterklasse bedeutet: Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Gerechter Lohn für gerechte Arbeit! Das ist nun während der letzten fünfzig Jahre der Wahlspruch der englischen Arbeiterbewegung gewesen. Er hat gute Dienste getan damals, als nach der Abschaffung der schändlichen Gesetze gegen das Koalitionsrecht die Trade-Unions (Gewerkschaften) sich entwickelten. Noch bessere Dienste erwies er in den Zeiten der ruhmreichen Charlistenbewegung, als die englischen Arbeiter an der Spitze der arbeitenden Klasse Europas marschierten. Aber die Zeiten gehen vorwärts. Und viele Dinge, die vor fünfzig, ja selbst vor dreißig Jahren wünschenswert und nützlich waren, sind nun verändert und unbrauchbar geworden. Gehört der alte, ehrwürdige Schlachtruf auch zu diesen Dingen?

Gerechter Lohn für gerechte Arbeit? Aber was ist denn ein gerechter Lohn, - und was ist gerechte Arbeit? Wie werden sie bedingt durch die Gesetze, nach denen die Gesellschaft sich entwickelt? Um eine Antwort darauf zu erhalten, dürfen wir uns nicht berufen auf die Wissenschaft der Moral oder auf die Gerechtigkeit, Billigkeit oder selbst Wohltätigkeit. Was moralisch oder selbst nach dem Gesetz gerecht ist, ist deshalb noch lange nicht gesellschaftlich gerecht. Was gesellschaftlich gerecht oder ungerecht ist, das wird nur durch eine Wissenschaft festgestellt, nämlich durch die Wissenschaft, die Bezug nimmt auf die materiellen Tatsachen der Produktion, durch die Wissenschaft der Volkswirtschaft.

Was ist nun nach der Volkswirtschaft ein gerechter Tagelohn und ein gerechtes Tagewerk? Einfach die Lohnhöhe und die Dauer und Intensität der Arbeit eines Tages, die durch die Konkurrenz des Arbeitgebers mit dem Arbeiter auf dem freien Markte bedingt wird. Und was ist es, was auf diese Art festgestellt wird?

Ein gerechter Tagelohn ist unter normalen Verhältnissen die Summe, die der Arbeiter nötig hat, um sich, gemäß der Lebenshaltung seiner Umgebung und seines Landes, die Mittel zu verschaffen, die ihn instand setzen, weiter zu arbeiten und sein Geschlecht fortzupflanzen. Der

wirkliche Lohn kann durch die Schwankungen der Industrie dann und wann über oder unter diesem Durchschnitt stehen.

Ein gerechtes Tagewerk ist die Dauer und die Mühe wirklicher Arbeit, die täglich die volle Arbeitskraft des Arbeiters verbrauchen, ohne ihn unfähig zu machen, morgen dasselbe Arbeitsquantum zu leisten.

Dieser sich stets wiederholende Kreislauf kann folgendermaßen beschrieben werden: der Arbeiter gibt dem Kapitalisten seine volle tägliche Arbeitskraft, das ist soviel, als er geben kann, um in stande zu bleiben, dies fortwährend zu tun. Dafür empfängt er von jenem so viel und nichts mehr an Lebensmitteln, als nötig ist, um dasselbe Werk jeden Tag wiederholen zu können. Eine fonderbare Gerechtigkeit!

Aber laßt uns die Sache tiefer ansehen. Weil nach den Lehren der Ökonomie Lohn und Arbeit durch die Konkurrenz bedingt werden, scheint es die Gerechtigkeit zu verlangen, daß beide Parteien unter den gleichen Bedingungen und in derselben Lage sind, wenn sie den Arbeitsvertrag eingehen. Aber das ist nicht der Fall. Wenn der Kapitalist mit dem Arbeiter nicht einig werden kann, kann er warten und von seinem Kapital zehren. Der Arbeiter kann das nicht. Er hat nur seinen Lohn, wovon er leben kann und er muß deshalb Arbeit zu den schlechtesten Bedingungen annehmen. Der Hunger treibt ihn mit furchtbarer Gewalt. Und dennoch behaupten die Ökonomen der bürgerlichen Klassen, daß dies der Gipfel der Gerechtigkeit sei.

Das ist aber noch eine Kleinigkeit. Die Anwendung von mechanischer Kraft und von Maschinen in neuen Betrieben und die Ausbreitung und Verbesserung von Maschinen in alten Betrieben machen anhaltend Leute arbeitslos. Und dies in viel schnellerem Maße, als die überflüssig gewordenen Arbeitskräfte wieder in den Dienst der Industrie genommen werden können. Diese überflüssigen Arbeitskräfte stellen dem Kapital eine industrielle Reservearmee. Wenn die Marktkonjunktur schlecht ist, können die Arbeiter verhungern, betteln, stehlen oder ins Arbeitshaus gehen. Ist die Konjunktur günstig, so darf er arbeiten, um die Produktion zu erweitern. Und so lange, bis der letzte Mann, die letzte Frau und das letzte Kind der Reservearmee Arbeit gefunden haben - was allein schon wieder Zeiten toller Ueberproduktion voraussetzt - drückt die Konkurrenz die Löhne herunter, während durch das Bestehen der Reservearmee die Macht des Kapitals im Kampfe mit der Arbeit verstärkt wird. In dem Wettrennen mit dem Kapital wird der Arbeiter nicht allein durch den Hunger getrieben, er hat außerdem eine ihm ans Bein geschmiedete Kanonenkugel zu schleppen. Und das heißt nach der kapitalistischen Dekonomie Gerechtigkeit.

Laßt uns nun untersuchen, wovon das Kapital diese „gerechten“ Löhne bezahlt. Vom Kapital natürlich. Aber Kapital bringt keine Werte hervor. Die Arbeit ist, abgesehen von der Erde, die einzige Quelle des Reichtums. Kapital ist nichts als aufgehäufter Arbeitsfrucht. Hieraus folgt, daß die Löhne der Arbeiter aus der Arbeit bezahlt werden; der Arbeiter wird mit seinen eigenen Arbeitsfrüchten belohnt. Nach der üblichen Auffassung der Gerechtigkeit müßte der Lohn des Arbeiters aus den gesamten Früchten seiner Arbeit bestehen. Aber das würde nach der Nationalökonomie nicht gerecht sein. Im Gegenteil, die Arbeitsfrüchte des Arbeiters werden vom Kapitalisten in Beschlag genommen, und der Arbeiter erhält davon nichts mehr

als die nötigsten Lebensmittel. Und das Ende dieses außerordentlich „gerechten“ Konkurrenzkampfes ist, daß die Arbeitskräfte derer, die arbeiten, aufgehäuft werden in den Händen derer, die nicht arbeiten, und in ihren Händen das mächtigste Mittel werden, um alle, die den also aufgehäuften Reichtum hervorbrachten, in Sklaverei zu ketten. Gerechten Lohn für gerechte Arbeit!

Aus dem Vorhergehenden geht sonnenklar hervor, daß der alte Wahlspruch seinerzeit seinen Zweck gehabt hat und nun keinen Dienst mehr tun kann. Mögen also die Arbeiter den alten Schlachtruf begraben und durch einen besseren ersetzen: Ubergang der Arbeitsmittel: Kohlen, Fabriken und Maschinen in die Hände des arbeitenden Volkes!

In den Klauen der zarischen Zensur.

Die Verfolgungen der Arbeiterpresse in Rußland haben in der letzten Zeit ihren Höhepunkt erreicht. Kaum hatte mit dem Aufschwung der Arbeiterbewegung eine gewisse Belebung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterpresse eingesetzt, als die Regierung ihren ganzen Apparat der Unterdrückung und Vergewaltigung des freien Wortes zur Anwendung brachte. Strafen über Strafen hagelten auf die Arbeiterpresse herab, ein Redakteur nach dem anderen landete ins Gefängnis, die Mitarbeiter und Korrespondenten wurden ausgewiesen oder gemahnt, keinen Tag waren die Redaktions- und Expeditionsräume vor den Einbrüchen der zarischen Zensur sicher. Neuerdings ist zu allen diesen Brutalitäten noch eine neue hinzugekommen, die in den Augen der Regierung geeignet erscheint, das „Uebel“ der marxistischen Tagespresse mit der Wurzel auszureißen. Nach den jetzt geltenden Presregeln, die an Stelle der Präventivzensur getreten sind, müssen zwei Exemplare eines jeden Preßerzeugnisses sofort nach der Herstellung an das Komitee für Presseangelegenheiten abgeliefert werden. Dieses ging nun fast gegen jede Nummer der in Petersburg erscheinenden marxistischen Blätter („Swesda“, „Schiwoje Djeło“, „Prawda“) mit den schwersten Strafen vor und konfiszierte die meisten Nummern. Ehe aber die Konfiskationen vorgenommen werden konnten, wurde ein Teil der Auflage gewöhnlich von den Zeitungshändlern vergriffen und in den Arbeitervierteln abgesetzt. Da die Regierung gegen diese Praxis keine gezielte Handhabe hatte, ließ sie - wie in allen Fällen, wo es ein unbequemes Gesetz zu zertrümmern gilt - Polizei und Gendarmerie aufmarschieren. Kurz vor dem russischen 1. Mai griff die Polizei zu dem folgenden Gewaltstreik, der jetzt zu der ständigen Praxis gegenüber den Arbeiterblättern gehört: In der Druckerei, wo die Zeitungen „Schiwoje Djeło“ und „Prawda“ gedruckt wurden, erschien am Abend eine große Polizeiabteilung, die niemand in die Druckerei hineinließ, die Fertigstellung der Blätter abwartete und kein Exemplar der Zeitung abliefern ließ, bevor der Konfiskationsbefehl des Komitees für Presseangelegenheiten eintraf. Die Lücke, die die Zensur für die Presse gelassen hatte, wurde auf diese Weise mittels eines brutalen Handstreiches der Polizei ausgefüllt, der zugleich auch das ganze Gesetz in Stücke schlug. Bei der Beratung der sozialdemokratischen Interpellation anläßlich dieser Angelegenheit in der Dumakommission, erklärte der Oktoberist Mat-

Gleich und gleich.

Eine Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

(19. Fortsetzung.)

„Was redst du da!“ erwiderte Sophie. „Ich bild' mir gar nichts ein! - Ich freu' mich nur, daß es so einen Menschen, wie den Gottfried, auf der Welt gibt! - und das, lieber Vater, kannst du mir nicht verbieten!“

Der Alte ließ beide Köpfe die Geißel kosten. Der Wagen flog auf dem endlich ebenen Weg dahin, und bald roste er die Gasse des Dorfes hinunter. Ein tiefer Seufzer ging aus der Kehle des Bauern. „Ich wil ein schlechter Kerl sein,“ rief er, „wenn ich mich nicht fürchte vor den nächsten Tagen!“

Daß der höchst ungewöhnliche Vorfall sehr bald im Dorfe bekannt sein würde, ließ sich freilich denken. In der Tat wurde er noch an demselben Abend im Wirtshause von einem Augenzeugen zum besten gegeben. Am anderen Morgen kamen die nach Befreunden zum Rothensbauer, um ihr Bedauern auszusprechen; unter anderen der alte Fritz. Die Miene des Jünglings drückte eine Zufriedenheit aus, wie sie den Menschen in dieser Welt selten vergönnt ist. „Es tut mir leid um dich,“ sagte er zum Vater, „das wirst du mir glauben; aber dem Schorsch, dem vergonn' ich's! 's ist doch ein rasend unerschämter Kerl! Und das Ansehen, das er sich immer gegeben hat, als ob ihm die ganze Welt gehörte! Jetzt ist ihm der Stachel ab! - Hoffentlich,“ setzte er nach einer Weile halb fragend hinzu, „wirst du ihm in keinem Fall deine Tochter mehr geben?“

„Wo denkst du hin!“ entgegnete der Rothensbauer unwillig. „Es ist möglich, daß der Schlotte nochmal kommt.“

„Den tär' ich! -“ Er machte eine Bewegung mit den Armen.

„Wird wohl nicht nötig sein“, versetzte jener mit einer Art von Lächeln. „Ich glaub', er traut sich schon so vimmer her!“

von der Sichelhente her kommen. „Das ist ja zum Erstaunen!“

„O, liebe Base“, erwiderte das Mädchen, „ich laß' das Vergnügen, das ich hab', gar nicht einmal heraus!“

Die Alte schüttelte den Kopf. „Es ist wahr, es ist ein g'ringfügiger Mensch! Aber so einen schönen und g'schickten Durck lassen zu müssen!“

Die Sophie, mit aller Grausamkeit des Weibes, entgegnete: „Ach - ich hab' den schönen und geschickten Durck in einem Zustand gesehen, daß mir alle Luft vergangen ist! - Und,“ fuhr sie fort, indem sie ihrem Gesicht einen strengen Ausdruck gab, „wie schändlich hat er sich herausgeholfen wollen durch eine Lüge über die Annemarie und den Gottfried!“

„Das ist freilich nicht schön gewesen,“ versetzte die Alte, indem sie ihr Gesicht in bedenkliche Falten zog. „Aber was tut man nicht in der Verzweiflung!“

„Ein ordentlicher Mensch,“ entgegnete Sophie, „tut das auch in der Verzweiflung nicht! - Aber freilich, ein ordentlicher Mensch kommt schon gar nicht in so eine Verzweiflung!“

„Nun,“ sagte hierauf die Base fast ärgerlich, „dann muß ich dir halt gratulieren zu dem Handel!“

„Das könnt' Ihr auch, Base,“ rief das Mädchen. „Recht gut! Ich nehm' an!“

Nachdem einige Tage verfloßen waren, ließ man auch diese Familie in Ruhe. Vater und Tochter gingen ihren Geschäften nach, vermieden beide über die Sache zu reden und lebten in äußerer Eintracht. Sophie zeigte den Leuten eine Miene stiller Zufriedenheit, an die man sich endlich gewöhnte.

Schlome kam nicht. - Die Weilerbäuerin und ihr Sohn mußten begriffen haben, daß für sie nichts mehr zu hoffen sei.

In der zweiten Woche traf der Rothensbauer mit dem Juden zufällig zusammen in Nördlingen. Beide saßen sich etwas überrascht an. Der Bauer aber hatte eine Maß Augsburger getrunken, er war in Laune und rief daher mit einem farsastischen Blick: „Nun, Schlome, warum kommt Ihr denn garnicht mehr zu mir!“

Der Jude zuckte die Achsel. „Warum soll' ich kommen?“ rief er. „Der Handel ist verspielt.“

„Ja, ja“, entgegnete der Bauer mit der Miene eines Anklägers, - „da habt Ihr mir einen saubern Schwiegerjohn geben wollen!“

„Saubern Schwiegerjohn?“ erwiderte Schlome, indem er die dicken Lippen geringschätzig verzog. „Wenn die

dumme Geschichte nicht passiert wär', dann wär's noch so! Der Schorsch hatt' können eine Liebchaft haben und 's Mädle hatt' können in den Umständen sein und man hatt' wissen können - 's hatt' nichts geschadet! Gott im Himmel, das kommt wohl nicht vor? Man weiß es, aber man kann's nicht beweisen! Und was man nicht beweisen kann, das kann der andere leugnen, und 's ist so gut, als ob's gar nicht wär'. - Nun kommt aber auf einmal der Skandal! - und man kann's nicht mehr leugnen! Und nun ist's grad, als ob die Sache, die doch schon vorher passiert war, erst jetzt passierte. Und was vorher für die Leut' ein kleiner Spaß gewesen wär', das ist jetzt auf einmal ein großes Verbrechen! - Rothensbauer, laßt mich aus! Reden wir nicht von dem Handel! 's ist ein Unglück gewesen! Aber das Unglück hat den Handel verboden - das ist eben das Unglück!“

Der Bauer, dem diese Art, die Sache anzusehen, gar nicht gegen den Mann war, antwortete mit einem unwillkürlichen Schmunzeln. Dann sagte er: „Ich hab' mich ein bißchen gewundert, daß man gar keinen Versuch mehr bei uns gemacht hat!“

Der Jude wurde ernsthaft. „Rothensbauer,“ erwiderte er: „Gure Sophie ist nicht allein stolz, ander' Leut' sind's auch! Die Weilerbäuerin hat Geifa', die bettelt nicht um eine Frau für ihren Schorsch! Wie ich den andern Tag gekommen bin, hat sie gesagt: Schlome, jetzt können wir uns nach was anderem umsehen! Ja, hab' ich gesagt, das können wir! Die Geschichte' ist aus! Wenn sich der Rothensbauer vielleicht noch bereden lieg', die Sophie tär' fragen und heißen! Soll ich in der Erd' versinken, Weilerbäuerin, hab' ich gesagt, wenn ich mir mit einer solchen Kommission noch einmal ins Haus trau'!“

Der Rothensbauer konnte sich nicht enthalten, über diese Anerkennung seiner Tochter Vergnügen an den Tag zu legen. - Nach kurzem Schweigen sagte er: „Ihr seid wieder viel auf dem Weilerbauershof, wie ich höre! - Ist schon wieder was im Werk?“

Der Jude wiegte den Kopf. „'s gibt Geschäfte!“ erwiderte er.

„Und wie steht's mit der Weberstochter?“ fragte jener nach einer Weile. „Ist die still jetzt?“

„Die Weberstochter,“ versetzte Schlome mit dem Grinsen desperaten Humors, „kommt gleich nach Gure Sophie! Die Weilerbäuerin (warum soll ich's nicht sagen?) hat mich geschickt zu ihr, die Sache mit ihr abzumachen auf eine gültige Manier. Daß sie mit ihr die Augen ausgekratzt hat, ist alles gewesen! Der alte Weber, sein Lebtag

Junli, es gäbe kein Gesetz, welches die Handlungsweise der Polizei zu rechtfertigen vermöge, aber — fügte er mit zynischer Offenheit hinzu — wer den Inhalt und die Richtung dieser Zeitungen kenne, müsse es mit Genugtuung begrüßen, daß die Polizei den Vertrieb berattiger Preberzeugnisse verhindert habe. Der Berichterstatter der Kommission, Fürst Kurakin, ging in der Verherrlichung des Gelehrten noch weiter, und verwies zur Rechtfertigung des polizeilichen Überfalls auf die Druckerlei auf den Inhalt der bei dieser Gelegenheit konfiszierten Mainnummer der Zeitung „Shtwoje Dslo“ (des Organes der sogenannten „Liquidatoren“).

Soziales.

Neue internationale Arbeiterinnenschutzeschese. Auch im Jahre 1911 hat die Arbeiterschutzeschese nicht vollständig still gestanden, wenn auch in den einzelnen Staaten es immer schwieriger wird, größere Vorteile für die Arbeiter dadurch zu gewinnen. Der Widerstand und der Einfluß der Unternehmer werden immer größer, und die Regierungen werden durch die Steuerpolitik immer abhängiger von den großen Geldmagnaten, so daß nur spärliche Tropfen für die Arbeiter an neuen Gesetzen zu haben sind. Für die Frauen und Kinder ist noch hier und da ein erweiterter Schutz zu erlangen. In Portugal wurde in vergangenen Jahre endlich das Verbot der Frauennachtarbeit gesetzlich erledigt. Das neue Fabrikgesetz in Japan zeigt die große Rückständigkeit der dortigen Verhältnisse. Es sieht für die Frauen und die jugendlichen Knaben unter 15 Jahren den 12stündigen Arbeitstag vor. Man höre und staune: 15jährige Kinder sollen 12 volle Stunden arbeiten, und dabei darf der Minister des Innern noch die ersten vier Jahre die tägliche Arbeitszeit auf 14 Stunden erhöhen, wenn die Unternehmer darum nachsuchen. Kinder und Frauen sollen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh nicht beschäftigt werden. Das Gesetz sieht auch die Einführung von Fabrikinspektoren vor. Im selben Jahre wurde in Britisch-Indien gleichfalls ein neues Fabrikgesetz durchberaten und angenommen, das in einzelnen Teilen einen bedeutenden Fortschritt nicht nur gegenüber dem japanischen, sondern auch gegen viele der europäischen Staaten. Kinder zwischen 9 bis 14 Jahren dürfen nur auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses beschäftigt werden. Die jungen Arbeiter werden in den Textilfabriken nur 6 Stunden täglich arbeiten dürfen, in den anderen Betrieben nur 7 Stunden. In den Textilfabriken dürfen Frauen und Männer noch 12 Stunden arbeiten, aber in den anderen Fabriken ist der 8stündentag eingeführt. Die Nachtarbeit und die Sonntagsarbeit sind vollständig verboten. In Holland dürfen Kinder nach dem neuen Gesetz über die Verwendung von Frauen, Jugendlichen und Kindern nicht unter 13 Jahren beschäftigt werden. Die Jugendlichen beiderlei Geschlechts haben einen Normalarbeitstag von zehn Stunden erhalten. Sie dürfen in der Zeit vor 6 Uhr früh und nach 7 Uhr abends nicht verwendet werden. Weibliche Personen, die Haushaltungsarbeiten zu verrichten haben, dürfen Sonnabends um 1 Uhr mittags nach Hause gehen. An Sonntagen und sonstigen Ruhetagen dürfen jugendliche Arbeiter und Frauen nicht beschäftigt werden, ebenso darf die Nachtarbeit nur ausnahmsweise gestattet werden. Den jugendlichen Arbeitern muß von 5 Uhr ab der Besuch von Schulen oder Religionsunterricht erlaubt werden, damit sie ihre Ausbildung vollenden können.

Aus der Partei.

Der württembergische Parteivorstand. In einer langen Erklärung wendet sich der Parteivorstand gegen die „Republik“ und die „Freie Arbeiterzeitung“, in der er die Andeutung, als habe er die Verschmäzung des Ulmer und des Göttinger Organes zur Bedingung der Hilfe gemacht, scharf zurückweist, die Vorgänge eingehend schildert und dann eine Kundgebung der Göttinger Parteinstanzen mittels folgenden Wortlauts:

Nach eingehender Aussprache mit den Vertretern des Parteivorstandes, des Landesvorstandes und der Ulmer Genossen erklären wir folgendes:

Der Parteivorstand hat für seine Mithilfe bei der Sanierung der Göttinger „Freien Volkszeitung“ weder deren Verschmäzung mit dem Ulmer Parteiblatt, noch dessen Druck in der Göttinger Druckerlei zur Bedingung gemacht. Er hat vielmehr nur gewünscht, daß versucht werden sollte, den Druck des Ulmer Blattes der

Göttinger Druckerlei zu übertragen, um diese lebensfähiger zu gestalten. Ueber den Verlauf der Verhandlungen sollte ihm berichtet werden, dann wollte er über seine Beteiligung entscheiden. Vor der Beschlußfassung des sozialdemokratischen Vereines in Göttingen ist dem Parteivorstand über den Verlauf der Verhandlungen nicht berichtet worden, obwohl er schriftlich die Leitung des Göttinger Geschäftes darum ersucht hatte. Es kann daher auch dem Parteivorstand nicht der Vorwurf der Passivität gemacht werden.

Es ist unrichtig, daß der Rücktritt des Genossen Thalheimer erpreßt worden ist. Seine Rücktrittserklärung ist vielmehr bereits vor der Versammlung in Göttingen ohne sein Wissen von seinem Vertreter abgegeben und später in der Versammlung von ihm wiederholt worden. Der Parteivorstand hat ausdrücklich erklärt, daß seine Mithilfe bei der Sanierung des Göttinger Blattes, dessen Redaktionsführung auf keinen Fall beeinflussen dürfe, insbesondere hat er dafür nicht die Entlassung des Genossen Dr. Thalheimer zur Bedingung gemacht. Das letztere kann auch dem Landesvorstand und dem Ulmer Genossen nicht zum Vorwurf gemacht werden. Allerdings hat der Landesvorstand erklärt, daß bei Schaffung einer einheitlichen Redaktion für beide Blätter aus finanziellen Gründen nur ein Redakteur beschäftigt werden könne, auch hat er gegen die Forderung der Ulmer Genossen, dem Genossen Kögmann die Leitung der Redaktion zu übertragen, nicht ausdrücklich Einspruch erhoben, ohne sie dadurch zu der seinigen zu machen.

Die Göttinger Parteinstanzen haben sich bei ihren Entschlüssen zum Teil von irigen Voraussetzungen und Schlussfolgerungen leiten lassen.

Ortsverein Göttingen;

Kreisvorstand des 10. württembergischen Kreises;
Verlag und Geschäftsleitung der „Freien Volkszeitung“.
(Es folgen die sämtlichen Namen.)

Weiterhin sagt der Parteivorstand: „Wie verfahren die Verhältnisse in Göttingen sind und wie dort von einzelnen Genossen gehandelt wird, erhellt aus dem nachstehenden Schreiben an uns vom 9. d. M., das wir soeben empfangen haben:

In einer auf gestern abend einberufenen Sitzung des Kreisvorstandes, des Vorstandes und Ausschusses unserer Genossenschaft und der Göttinger Parteileitung unterschrieb ich die Ihnen zugesandte Erklärung, ohne jedoch mit deren Inhalt voll einverstanden zu sein.

Ich stehe vielmehr nach wie vor auf dem Standpunkt, daß der Rücktritt des Genossen Thalheimer ein erzwungenes war.

Um aber die weiteren Verhandlungen in der Sache nicht zu erschweren, wird die Kreisgeneralversammlung am 16. Juni meinerseits Gelegenheit erhalten, eine Lösung zu treffen, die den Partei- und Landesvorstand nicht länger daran hindert, seine Parteipflicht zu erfüllen.

Mit Parteigruß

Chr. Schepferle, St. Ringstr. 30a.

Die Sanierung des Göttinger Geschäftes, das in Folge leichtfertiger Begründung in große Verdrängnis geraten ist, wird ungemein erschwert, wenn Genossen, die zum Teil den Göttinger Verhältnissen fernstehen, durch wahrheitswidrige Sachdarstellungen einen Parteistreit inszenieren, anstatt die Schwierigkeiten mit aus dem Wege zu räumen.

Der Parteivorstand hat beschlossen, seine Beteiligung an einer Sanierung auf der Grundlage der vom Landesvorstand, dem Ulmer und den Göttinger Genossen getroffenen Vereinbarung über die Verschmäzung des Göttinger und des Ulmer Blattes abzulehnen. Er kann es aber auch der Gesamtpartei gegenüber nicht verantworten, für ein Unternehmen, dessen Unrentabilität von vornherein feststand, über 100.000 Mk. zu opfern. Wohl aber wird er sofort Schritte unternehmen, das Göttinger Zeitungsgeschäft so zu gestalten, daß die finanziell beteiligten Genossen nach Möglichkeit schadlos gehalten werden, daß die Parteibewegung in Göttingen vor weiterem Schaden bewahrt wird; und er wird dabei bemüht sein, den Göttinger Genossen ein Blatt zu sichern, das ihrer grundsätzlichen Auffassung entspricht.

Das Vorgehen der Genossen Westmeyer und Thalheimer, welche einen Teil unserer Parteipresse andauernd mit irreführenden Mitteilungen über die Vorgänge in Göttingen versehen, erscheint danach in einem immer trübener Licht. Wie weit die bedauerlichen Parteizwistigkeiten in Württemberg schon gediehen sind, zeigt folgender Artikel der „Schwäbischen Tagwacht“:

„Das Heilbronner „Nectar-Scho“ veröffentlicht einen an den Parteivorstand gerichteten Brief, aus dem hervorgeht, daß sich der Parteivorstand — ob auf Be-

schwerde oder aus eigenem, wird nicht gesagt — gegen eine Kritik wendete, die das „Nectar-Scho“ an einem Vortrag des Genossen Westmeyer in einer Heilbronner Bezirksversammlung geübt hatte, und die Redaktion des „Nectar-Scho“ auf die Vereinbarungen hinwies, die in der bekannten Stuttgarter Konferenz zur Beendigung der Streitigkeiten innerhalb der württembergischen Parteioffiziation getroffen worden waren. Der Kreisvorstand nimmt das „Nectar-Scho“ in Schutz und sagt in seinem Schreiben, daß Genosse Westmeyer in seinem Referat Wendungen gebraucht habe, die nichts anderes als berechnete beleidigende Anwürfe gegen den Vertreter des 3. Wahlkreises, den Genossen Feuerstein, bedeuteten hätten. Genosse Westmeyer habe gegen den Genossen Feuerstein die soziale Stellung von dessen Vater ausgespielt und sich so einer persönlichen Herabwürdigung schuldig gemacht. Im weiteren richtet der Kreisvorstand gegen den Genossen Westmeyer heftige Angriffe, er beschuldigt ihn mit Bezug auf den „Nahrungsbrief“ der württembergischen Lüge und sagt, daß er „nach den einfachsten Moralbegriffen längst erledigt sein sollte.“ Von den maßgebenden Parteinstanzen erwartet der Kreisvorstand, daß sie „die nötigen Konsequenzen aus dem parteischädigenden Verhalten Westmeyers ziehen werden.“ Dieser Veröffentlichung hängt der Kreisvorstand das Ersuchen an die Parteivereine des Wahlkreises an, „von einer weiteren Verwendung des Genossen Westmeyer als Vortrags- und Versammlungsredner im Interesse des Parteifriedens abzusehen.“ Die Redaktion des „Nectar-Scho“ fügt aus eigenem noch eine Schilderung der Verhältnisse hinzu, aus denen Genosse Feuerstein hervorgeht, und weist auf die Tätigkeit hin, die dieser in der Gewerkschafts-, der Partei- und der Genossenschaftsbewegung ausgeübt hat und ausübt.

Die Hoffnungen, die sich an das erfreuliche Ergebnis der Stuttgarter Konferenz knüpften, haben sich leider nicht erfüllt. Der Göttinger Angelegenheit folgt der neue Heilbronner Streitfall. Wie tief die Differenzen gehen, das zeigt die Aufforderung des Kreisvorstandes an die Ortsvereine vom 3. Wahlkreis, den Genossen Westmeyer nicht mehr als Referenten zu verwenden. Ein derartiger Vorgang war wohl in der Partei noch nicht da. Die Parteigenossen, die die Schuld daran tragen, daß der leidige Parteistreit kein Ende nimmt, daß nicht endlich ein Verhältnis zustande kommt, das ein einiges Zusammenarbeiten aller Parteigenossen des Landes, die Indienststellung aller Kräfte für den Befreiungskampf des Proletariats ermöglicht, laden eine schwere Verantwortung auf sich.“

Gewerkschaftsbewegung.

Arbeitslosigkeit in der Berliner Holzindustrie. Von der Hochkonjunktur, von der allgemein unsere Volkswirtschaftler schreiben, ist in der Berliner Holzindustrie nichts zu verspüren. In diesem für das Wirtschaftsleben Berlins nicht unwichtigen Industriezweige ist im Gegenteil eine immer größere Geschäftsflaute zu verzeichnen. Charakteristisch findet das seinen Ausdruck in dem Kursrückgang der in Frage kommenden Papiere am Holzaktienmarkt. Sanken doch die Kurse von 20 der wichtigsten Aktiengesellschaften, deren Papiere an der Berliner Börse zugelassen sind, vom November 1911 bis April im Durchschnitt von 200,66 auf 190,77. Ganz besonders scharf tritt die Inkonjunktur in der hohen Zahl der Arbeitslosen in Erscheinung. Eine Stadt wie Berlin wird ja immer einen Stamm Arbeitsloser aufzuweisen haben, die Zahl der Arbeitslosen in der Berliner Holzindustrie ist aber seit längerem enorm hoch. Der Anfang des Jahres 1911 zeigte bei den beiden in der Holzindustrie Berlins in Betracht kommenden Arbeitsnachweisen einen Arbeitslosenbestand von 3877; die Zahl sank im Laufe des Jahres bis zum September auf 1475, um seitdem mit kleinen Schwankungen fortgesetzt zu steigen. Am Jahreswechsel 1911/12 wurden 3046 Arbeitslose in den benannten Arbeitsnachweisen gezählt, die Zahl stieg im Januar auf 4116, sank bis Ende April auf 2507, um bis zum Juni wieder auf 2860 zu steigen. Der Arbeitslosenstand hat also nahezu das Niveau der Krisenjahre 1907/08 erreicht. In den ersten 20 Wochen dieses Jahres haben sich beim paritätischen sowie beim Verbandnachweis des Holzarbeiterverbandes in Berlin 57.921 Arbeitslose gemeldet, denen 15.847 offene Stellen zur Verfügung standen, von denen 13.434 besetzt wurden. Da in der Berliner Holzindustrie die Benutzung der Arbeitskräfte für die in der Hauptsache in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiter und Unternehmer obligatorisch ist, geben die Zahlen eine treffende Illustration. Sie besagen, daß im Durchschnitt ein Berliner Holzarbeiter, der arbeitslos wird, oder die Arbeitsstelle wechseln will, eine Arbeitslosigkeit von 4 1/2 Woche

ein guter Stoff, hat mir Grobheiten gemacht, und die andere Tochter, sonst ein hübsches Mädchen, ist auf mich losgegangen wie ein kleiner Teufel. Sie wollen nichts von dem Mädchen — sie brauchen nichts! — Rothenbauer, mit komisch manchmal vor, als ob sich die Welt umgedreht hätte! Ein Stolz ist in die Leute gefahren — man kennt sich gar nicht mehr aus! — Du? Ich hab' geschwiegen; denn wenn ich hätte weiter geredet, hätten sie mich wahrlich miteinander aus dem Hause rausgeschmissen! Wenn der Schorsch das Mädchen jetzt heiraten wollte, ich glaub', er müßte' jugendlich bitten drum! Hat sie nicht geschrien: „Ich hab' ihn bedauert — ich hab' mir Botenworte gemacht — und zum Laute für meine Lieb' will er mich jetzt abgeben? Es ist ein schlechter Mensch, und er verdient, daß man's ihm noch viel länger macht, als es ihm der Gottreich gemacht hat! — Guter Gott, Jahr der Jude noch kurzem Janshalten fort, und doch ist der Schorsch ganz ungeschuldig dran! Den Schorsch hab' ich von der Weilerbäuerin gehabt! Der junge Mensch ist vollständig geknickt und schämt sich den ganzen Tag. — Hät man geglaubt, daß man für den müß' sorgen und herumbringen nach einer Frau für ihn!“

„Ja“, versetzte der Bauer, „Ihr werdet ihm schon die rechte noch haben!“

„Es war' not!“ entgegnete Schlorze, — damit ich auch zu meinem Brodt komm! Bin ich da herumgelaufen in der verfluchten Geißel? — Ich hab' hundert Louisdor verdienten können in der Zeit! Und was hab' ich gekriegt bis jetzt? Das ist keine Schläge gekriegt hab', ist ein großes Glück gewesen!“

Der Bauer, mit behaglichem Spötteln, sagte: „Das kommt alles miteinander, wenn der Handel greuet!“

„Wid was kommen!“ antwortete der Jude verächtlich. „Sieht es danach!“ Er schmeig und dachte bei sich: „Etwas von einem Bauern, hast du mit was gegeben?“ Dann mit einer Miene, die mehr zu seinen stillen Gedanken paßte, sagte er: „Behüt Euch Gott, Rothenbauer!“

Er ging. Der Bauer sah ihm erheitert nach. Gedachte, die Seele seinem Inneren zuwendend, sagte er zu sich: „Ich lang' an zu merken, daß meine Sophie einen guten Heiber' gehabt hat!“

Wochen gingen vorüber, ohne daß etwas für unsere Geschickte Bemerkenswerthes vorgefallen wäre. Die letzten Wochen über den Eintritt beim Sommer und seine Folgen war er verhalten, und der Anteil der Leute hatte sich schon nicht. Einige anderen Geschickten zugewandt,

die den Vorzug hatten, daß sie neu waren. — Da geschah plötzlich etwas, das die Gegend in den größten Rumor versetzte!

Man hörte — und man hörte für gewiß: die Weilerbäuerin hat ihren Hof verkauft!

Sämtliche Dörfer in der Gegend wurden in das größte Erstaunen versetzt. — Wie kam sie dazu? rief man. Wie kann man ein so prächtiges Gut verkaufen, wenn man zwei Söhne hat? Und ist nicht der Hof dem Jüngsten versprochen gewesen? In jetziger Zeit verkaufen! Ein Gut, auf dem seit uralten Zeiten die Geschlechter gewesen sind! Was fällt dem Weib ein?

Einige Tage später zirkulierten Antworten auf diese Fragen. Man hatte verkaufen müssen! Die Weilerbäuerin hat Schulden gehabt — viel mehr, als man wußte! Wenn der Schorsch eine Reiche gekriegt hätte, dann hätte man sich helfen können; aber ohne sehr viel Geld ist's nicht mehr gegangen, und die Frau kann von Glück sagen, daß sie noch einen so guten Käufer gefunden hat.

Aber — fragte man jetzt — wie konnten die Leute so herunterkommen? Hatte der verfluchte Weilerbauer nicht angefangen ohne alle Schulden? Hatte er nicht sein Geschäft verstanden und neben den schlechten Jahren doch auch gute gehabt? Hatte der Schorsch nicht etwas von ihm gelernt und die Felder im Stand gehalten, daß man kaum bessere Leben konnte?

Auch diese Fragen fanden ihre Erledigung. Die Familie Geschickter hat immer besser gelebt, als Bauern leben dürfen, auch auf dem besten Gut. Ein guter Bauer sein tut's nicht, man muß auch ein guter Rechner sein. Die Weilerbauersleute haben sich viel zu viel vergönnt im Essen, Trinken, Kleidertracht und Vornehmheit! Der alte Weilerbauer hat dabei noch eine andere Liebhaberei gehabt, die auf den Schorsch übergegangen ist. Dann hat sich die Witwe bei der Verheiratung der Tochter an den Affessor viel mehr angestrengt, als nötig war — und so ist alles überipamt worden, bis es endlich geplagt ist. Man hat nicht wissen lassen wollen, wie's steht, hat heimlich Geld angenommen gegen hohe Zinsen — das hat dem Faß den Boden ausgeglichen!

So legte man sich. Und gelegentlich fügte man hinzu: Dem Affessor wird's lieb sein, daß er versetzt worden ist aus andere Ende des Königreichs! Denn wenn er auch was hat, er braucht's für sich und seine Familie, und auf dem Hofe hat er die Leute nicht halten können!

Was an diesen Worten richtig, falsch oder halb richtig war, brauchen wir nicht näher zu untersuchen. Der Verkauf war eine Tatsache. Im November zog der neue Weilerbauer auf; der jüngere Geschickter ging in Dienst zu einem Freund, die Witwe und Schorsch nahmen eine kleine Zinswohnung in Nordlingen.

Als diese letzten Nachrichten zum Rothenbauer gelangten, waren Vater und Tochter infolge eines eingetretenen Trauerfalles ohnehin in betrübter Stimmung. Die Stadtmüllerin im nahen Frankenthal war kurze Zeit vorher gestorben; Sophie hatte der Beerbigung beige wohnt und sich erst tags zuvor wieder im elterlichen Hause eingefunden. Ihre Erzählung von der Krankheit der Base und dem ehrenvollen Leichenbegängnis erweichte dem Alten das Herz, — und die Meldung von den letzten Schicksalen der Weilerbauersleute machte einen um so tieferen Eindruck auf ihn. Ein Sturz, wie ihn die Bäuerin erfahren, die zu den angesehensten im Ries gehört hatte, war etwas ganz Außerordentliches — er mußte die Phantasie des Gleichfahrenden erschrecken! Dem Sohn dieser Frau, die von einem der größten und besten Höfe in die Stadt zog, um hier vielleicht einen kleinen Kram anzufangen, hatte er seine Tochter geben wollen! Und ohne einen reinen Zufall, der dazwischenkam, wäre sie jetzt sein Weib! — Das ist ja über alle Begriffe! rief er aus. „Eine solche Familie! So herunterkommen! Wie müssen die Leute gehauft haben? Es ist entsetzlich!“

Die Tochter nickte mit ernster und vieltragender Miene. „Sie sind selber dran schuld“, erwiderte sie, „nach allem, was man hört. Aber daß sie von ihrem Hof in ein Zinshaus müssen, das ist doch sehr hart, und ich bedauere sie von Herzen.“

Der Alte hatte vor sich hingesehen. „Die Burg-Ämmer“, rief er mit tiefem Ernst, „hat uns einen großen Gefallen getan!“

Sophie konnte nicht umhin, dem Vater mit einem ernsten Lächeln zu antworten. Dann sagte sie: „Das Mädchen verdient, daß wir auch ihr einen Gefallen tun! — Wenn die Weilerbäuerin nur so viel davongebracht hätte, daß der Schorsch sie noch heiraten könnte, dann gäb's jetzt eine Gelegenheit! — Du könntest dem Paar unter die Arme greifen!“

Der Alte betrachtete sie verwundert. „Du hast doch Einfälle wie keine andere“, versetzte er. — „Lassen wir die Leute zuerst für sich selber sorgen!“

(Fortsetzung folgt.)

durchmachen muß. Das ist wie gesagt der Durchschnitt. Bei den Hautschleim oder den sonst von der Hauttätigkeit abhängigen wird dieser Zeitraum in der Regel noch weit überschritten.

Matürlich belastet dieser hohe Arbeitslosenbestand die Kasse der Berliner Holzarbeiter in erheblichem Maße. Die Zahlstelle des deutlichen Holzarbeiterverbandes Berlin zahlte im Jahre 1911: 433 365,16 Mk. an Arbeitslosenunterstützung aus. Im laufenden Jahre wird die Unterstützung annähernd die gleiche Höhe erreichen. Im Durchschnitt der ersten 20 Wochen des Jahres 1912 sind wöchentlich 10 629,72 Mk. zur Auszahlung gelangt. — Das ist für die Beteiligten eine recht wenig erfreuliche Situation und auswärtige Holzarbeiter sollten es sich recht sehr überlegen, ehe sie ihr Domizil nach Berlin verlegen.

St. Verbandstag der Transportarbeiter. In der am Dienstag fortgesetzten Debatte über die Geschäftsberichte kritisierte Stellung-Lübeck u. a. scharf das Vorgehen der Lübecker Straßenbahnbehörde gegenüber den Angestellten, die man bekanntlich unter Androhung sofortiger Entlassung zwang, auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten. Ein solches Vorgehen sei auf das entschiedenste zu verurteilen. Durch einen Schlußantrag wurde die Debatte geschlossen. Hierauf wurden die Schlußreden der Berichterstatter gehalten. Beschlossen wurde, daß jedes Mitglied bis zum nächsten Verbandstage verpflichtet ist, zum Hausfonds einen einmaligen Beitrag von 2 Mk. in Raten zu entrichten. Den Bericht der Redaktion gab Dreher = Berlin. Redner beschäftigte sich eingehend mit der Haltung des Verbandorgans während der Reichstagswahlen. Von seiten einiger Verwaltungen war Protest dagegen erhoben worden, daß der „Courier“ eingehende Artikel über die Bedeutung der Reichstagswahlen für die Transportarbeiter brachte. Mit Recht machte der Referent darauf aufmerksam, daß es die Pflicht der Gewerkschaftsprelle sei, in dieser Beziehung eingzugreifen. Im übrigen waren seine Ausführungen interner Natur. In der Debatte wurde konstatiert, daß den Wünschen der Hafenarbeiter in bezug auf die Ausgestaltung des Verbandorgans immer mehr entsprochen werde. Angenommen wurden Anträge auf allwöchentliche Bekanntgabe, für welche Woche Beiträge fällig sind, und auf Abänderung des Namens des seemannischen Organs in „Die Schiffsahrt“. Den Bericht vom 7. internationalen Transportarbeiter-Kongress gab Döring, vom Gewerkschaftskongress von der. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, nach wie vor die Delegation zu internationalen und Gewerkschaftskongressen auf den Verbandstagen vorzunehmen.

Tarifabschlüsse im Steindruckergewerbe. Der Verband der Lithographen und Steindrucker hat bereits mit zahlreichen Betrieben feste Tarifverträge abgeschlossen, die sich in mehreren Fällen sogar auf sämtliche Betriebe bestimmter Orte oder Bezirke erstrecken. Jetzt werden wieder eine Reihe abgeschlossener Tarife bekannt gegeben. — In Nischeleben wurde mit den beiden Firmen S. C. Westhorn und Georg Gerson ein Tarifvertrag vereinbart mit der Gültigkeitsdauer bis 1. April 1915. Festgelegt wurde eine Arbeitszeit: für Lithographen 48, für Steindrucker 53 Stunden wöchentlich. Der Mindestlohn beträgt pro Woche 25 Mk., Maschinenmeister an Rotationsmaschinen erhalten nach halbjähriger Lehrzeit eine Zulage von 3 Mk. und mindestens 35 Mk. pro Woche. Nach einem weiteren Jahr wird eine weitere Zulage von 2 Mk. gewährt. Dazu kommen noch eine Reihe weiterer Verbesserungen. Ähnliche Tarife wurden in Magdeburg mit der Firma Hugo Westhorn, in Elberfeld mit der Kunsthandl. Koch u. Palm und in Wald bei Solingen mit der Weidenschen Großdruckerei Boffen Söhne abgeschlossen.

Eine Massenkundgebung der Augsburger Textilarbeiter. Wie schon gemeldet, haben die Textilarbeiter Augsburgs beschlossen, Lohnforderungen durch die Organisationen, den Textilarbeiter-Verband, christlicher Textilarbeiter-Verband und Christl. -Dunkelcher Gewerksverein den Textilunternehmern zu unterbreiten. Die vom Verband süddeutscher Textilarbeiter eingelaufene Antwort ist eine glatte Ablehnung der gestellten Forderungen, wobei sich die Unternehmer auf den Standpunkt stellen, mit den Organisationen überhaupt nicht zu verhandeln. In einer am Sonntag nachmittag unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlung nahmen die Textilarbeiter Stellung zu der Antwort der Textilindustrieller. Die Versammlung wies einen riesenhaften Besuch auf, über 20 000 Personen hatten sich auf dem Versammlungsplatz eingefunden, auf dem von sechs Tribünen gesprochen wurde. Die Demonstrationversammlung endete mit der einstimmigen Annahme einer Resolution, in der die gestellten Forderungen aufrecht erhalten werden und die drei Organisationen beauftragt werden, in den nächsten Tagen gemeinsam Fabriksversammlungen abzuhalten und durch Kommissionen den einzelnen Firmen die Forderung der Arbeiter erneut vorzulegen.

Diese Massenkundgebung der Augsburger Textilarbeiter macht auf weite Kreise der Bevölkerung tiefen Eindruck.

Ende des Hilsarbeiterstreiks in Weiskensels. Auch in der letzten Verhandlung am Sonnabend lehnten die Unternehmer, wie schon vorher, die Einbeziehung der Hilsarbeiter und -arbeiterinnen in das Tarifverhältnis ab, sie bewilligten aber für die Hilsarbeiter eine Lohnzulage von 10 und 5 Proz. Weiter wurde auch den Arbeiterinnen eine Lohnzulage zugesichert, deren Höhe aber den einzelnen Unternehmern überlassen bleiben soll. Da die Unternehmer noch andere Zugeständnisse zu den bisherigen machten, so empfahl die Verhandlungskommission am Sonntag den Streikenden die Annahme der getroffenen Vereinbarungen, die denn auch mit 133 gegen 9 Stimmen angenommen wurden. Nachdem am Montag der für 3 Jahre gültige Tarifvertrag zusammengefaßt und unterschrieben war, beschlossen die Streikenden am 11. die Wiederaufnahme der Arbeit für Mittwoch, den 12. Juni. Sind auch nicht alle Forderungen erfüllt worden, so wurde aber doch eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 8 Stunden und eine Lohnerhöhung von 6—10 Proz. erreicht. Damit hat dieser über 9 Wochen dauernde Kampf einen für die Arbeiter und Arbeiterinnen annehmbaren Erfolg gebracht.

Dachdeckerstreik in Münster (Westfalen). Am Montag beschlossen die Dachdecker in einer Versammlung den Streik. Von 45 in Münster beschäftigten Gehilfen stellten darauf 40 die Arbeit ein. Von diesen sind 38 im Zentralverband der Dachdecker und 2 im christlichen Bauarbeiterverband organisiert. Schon im März gingen den Unternehmern die Forderungen der Gehilfen zu; doch trotz dreimaliger Aufforderung hielten sie es nicht für nötig zu antworten, so daß die Gehilfen gezwungen waren, eine deutliche Sprache zu reden. Bezeichnend für das Verhalten der Unternehmer ist, daß sie den Gehilfen für ihre gefährliche Arbeit nicht die Löhne der Maurer und Zimmerer in Münster zugestehen wollen. Die Dachdecker werden ersucht auf strenge Fernhaltung des Zuzuges zu achten.

Der Gerüstbauernstreik in Offen erfolgreich beendet. Nach etwa vierwöchentlichem Kampfe gelang es den Letztergerüstbauern in Offen, die ausnahmslos dem Transportarbeiterverband angehören, einen dreijährigen Tarif abzuschließen. In der Hauptsache wurde eine Neuregelung der

Arbeitszeit und eine Erhöhung des Stundenlohnes für Gerüstarbeiter von 53 auf 60 Pfg., für Vorarbeiter von 60 auf 65 Pfg. und für Aufsicher die Erhöhung des Wochenlohnes von 80 auf 82,50 Mk. erzielt. Die Zulagen erfolgen stufenweise. Trotz den zahlreichen „Hingeleuten“ und dem rückhaltlosen Vorgehen der Polizei, die das Streikpostenbleiben unmöglich machte und sogar den Leiter der Geschäftsstelle des Verbandes den Genossen stummig wegen „zwecklosen“ Aufenthalts in den Straßen, in denen die bestreikten Betriebe lagen, verhaftete, haben die Streikenden, die wie ein Mann im Kampfe standen, den Sieg errungen. Die Arbeit wurde am 11. d. Mts. in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Wer terrorisiert? Zwischen dem Besitzer der Mammutowerke in Nürnberg und seinen technischen Angestellten kam es zu einem Konflikt, weil er eine höfliche Bitte der Angestellten um Verkürzung der 9/10stündigen Arbeitszeit in der brütesten Weise abgelehnt hatte. Hierüber brachte die „Deutsche Industriebeamten-Zeitung“, das Organ des Bundes der technisch-industriellen Beamten, eine Notiz, in der namentlich das überaus schroffe Verhalten des Besitzers kritisiert wurde. Wie allen Autokraten, ist es auch Kommerzienrat Beck sehr unangenehm, wenn seine Handlungsweise in der Öffentlichkeit kritisiert wird. Raam hatte er die Notiz über die Vorgänge bei den Mammutowerken zu Gesicht bekommen, so suchte er auch sofort durch ein hochnotpeinliches Verhör in Erfahrung zu bringen, wer die Informationen zu dieser Notiz gegeben habe, und als er den Nichtigsten gefunden zu haben glaubte, forderte er ihn auf, sofort seine Sachen zu packen und zu gehen, und zwar mit der Bemerkung: „Daß Sie es sich dadurch verschert haben, jemals in Ihrem Leben eine höhere Stellung einzunehmen, werden Sie wohl einsehen, denn ich werde es meinem Verband mitteilen.“ (Herr Kommerzienrat Beck bekleidet ein hervorragendes Amt im Verband Bayerischer Metallindustrieller.) Auch einem anderen Angestellten versicherte er später, daß Herr R. in seinem Leben keine höhere Stellung mehr bekleiden könne. Diese Drohungen sind so recht bezeichnend für die schamlosmachende Gefinnung des Kommerzienrats. Zuerst nutzt man die Angestellten in überlanger Arbeitszeit bis aufs Blut aus, sagt ihnen, wenn sie eine höfliche Bitte um Verkürzung der Arbeitszeit vorbringen, Grobheiten, und wenn man schließlich einen im Verdacht hat, daß er seine Berufsorganisation von den Vorgängen in Kenntnis gesetzt haben könnte, droht man ihm noch mit der geheimen Feme der Unternehmer. — Und Leute von dieser Art beklagen sich mit viel Geschrei über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften!

Ein Streik um die Verkaufspreise zu heben. In den Glaskleiseriem in Bezirke Gablonz und Semil (Böhmen) sind 3000 Arbeiter in den Streik getreten, um durch eine Unterbrechung der Produktion die Vorräte zu erschöpfen und die unrentablen Preise und somit auch die Löhne aufzubessern.

Der Streik der französischen Seeleute und die Kriegsmarine. Der Präsident und der Direktor der Transatlantischen Gesellschaft haben den Marineminister Delcasse ersucht, Matrosen zur Verfügung zu stellen, damit die Postdampfer, namentlich aus der Provence am Sonnabend nach Neuport auslaufen können. Delcasse wird die Angelegenheit im Ministerrat zur Sprache bringen. In Bordeaux hat die Besatzung des Dampfers „Amazon“ die Vorschläge der Gesellschaft angenommen. Der Streik der eingeschriebenen Seeleute in Bordeaux wird somit als beendet angesehen. Dagegen drohen nach einem weiteren Telegramm aus Havre die dortigen Dockarbeiter, in den Ausstand zu treten, wenn nicht die Truppen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Hafen befohlen worden sind, zurückgezogen würden.

Der klerikale Wahllieg in Belgien.

Mehrstimmenwahlrecht, ikrupellose Wahlmacht des Klerus, Wählerkorruption und Wählereinschüchterung durch Regierung und Behörden — all das hatte man vorausgesehen und doch auf den Sieg der verbündeten Oppositionsparteien gerechnet. Trotz ähnlicher Nachschüssen hatten bei den beiden letzten Halberneuerungen die Klerikalen nur 1 195 600 Stimmen gegen 1 240 500 der Opposition aufgebracht, und ihre seit 1902 ständig verminderte Mehrheit vertrat nur noch eine Minderheit der Stimmen. Diesmal aber haben sie wieder die Mehrheit der Stimmen (nicht der Wähler!) gewonnen: 1 344 623 gegen 1 271 911 der Opposition, und nach dem Stimmenverhältnis hätten sie Anspruch auf eine Mehrheit zwar nicht von 17 (101 gegen 44 Liberale, 39 Sozialisten, 2 Christlich-Demokraten), aber doch von 5 bis 6 Sitzen.

Wso ein wirklicher Wahlsieg der Regierung, trotz dem Sturm, den ihre Schulvorlage in allen nicht strengklerikalen Kreisen erregt hatte, trotz der schweren Niederlage der Klerikalen bei den Gemeindevahlen mit ihrem noch ungünstigeren Wahlrecht, trotzdem in der Frage der Kammerauflösung und der Mandatsvermehrung die Opposition ihren Willen durchgesetzt hatte!

Allerdings hatte das verzweifelte Festklammern an der Macht die regierende Partei diesmal zu ganz unerhörten Anstrengungen und Kunstgriffen getrieben. Wenige Wochen, ja bis zum Tage vor der Wahl hat die Regierung den Beamten und Staatsarbeitern Aufbesserungen in Höhe von etwa 30 Millionen Frank jährlich zugesichert und so eine Menge Stimmen gekauft, die das Land bezahlen muß. Daneben spielte der direkte, gesetzlich verbotene Stimmenkauf durch Wahlkomitees und eifrige Parteigänger eine selbst in dem an jede Art klerikaler Korruption längst gewöhnten Belgien unerhörte Rolle. Dazu der stärkste Druck auf abhängige Personen, zu dem es in dem mit Staatsbahnsystem und vielen sonstigen öffentlichen Betrieben ausgestatteten, von zahllosen Klöstern und Pfarren durchsetzten Lande an Material nicht fehlen konnte. Doch waren diese Kräfte, die, wie gesagt, nur im Anfang, nicht im Prinzip neu waren, nicht entscheidend. Ihnen zum Trotz hatte man die Niederlage der Regierung erwartet.

Man braucht nicht, wie Genosse Sembat, der ähnliche Wahlen sogar für das Frankreich des allgemeinen Stimmrechts kommen sieht, in einem stark von Skeptis angekränkelten Artikel der „Humanite“ tut, an eine für geraume Zeit unüberwindliche, alles Volk beherrschende geistige Mode des Klerikalismus zu glauben, um zu verstehen, daß eine klerikale Herrschaft von 28 Jahren mit ihrer Durchdringung von Staat, Gesellschaft und Volkswirtschaft, ihrer planmäßigen Verseuchung des Jugendunterrichts nicht unpurlos an einem Volke, das solche Einfüsse seit Jahrhunderten erfahren hat, ohne durch gebiegene Volksbildung Widerstandskraft erworben zu haben, vorübergehen konnte. So jämmerlich rückständig auf wissenschaftlichem Gebiet und in so vielen Zweigen der Kultur-

arbeit der katholische Klerus heute ist, so sehr hat er es in der demagogischen Beherrschung der Massen, der Ausnutzung aller denkbaren wirtschaftlichen und geselligen Einrichtungen für seine Herrschaftszwecke zur Meisterschaft gebracht. Die religiösen und alle mißleiteten edeln Triebe müssen hier ebenso wie die gemeinsten materiellen Interessen dem gleichen Zwecke dienen.

Diese mächtige Agitations- und Korruptionsmaschine trat diesmal noch dazu „als Ordnungspartei“ ausgeprägtester Art auf. Wenn vernünftige Leute über die Auspielung der aus dem echten Sumpfboden der kapitalistischen Moral entsprungene Pariser Apachentaten gegen die Sozialisten und ihre Verbündeten lachen konnten, so haben auf weite Kreise des „besseren Bürgertums“, die sich sonst zum Liberalismus zählen, diese Kräfte ihre Wirkung nicht verfehlt, zumal das Bekenntnis selbst der Rechtsliberalen zum allgemeinen, unverfälschten Stimmrecht in den Kreisen der privilegierten Klassen wenig Begeisterung wecken konnte. Hier zeigte sich die Schwäche des Kartells der Oppositionsparteien. Hatte es den Vorteil, bei Aufrechnung der unter dem Proporz öfter über einen Sitz entscheidenden Stimmreste da und dort der Opposition einen Sitz zu sichern, so wurde dieser Vorteil durch die Abschrägung weiser gemäßigter liberaler Kreise, die einem Bunde mit dem „Umsturz“ und der Stärkung der Arbeitermacht selbst die Verschreibung, an den alten klerikalen Feind vorzuziehen mehr als weitmachtete. Dieser Appell an die Klassenangst hat samt der skrupellosen Einfangung der Beamten und dem allmählichen Herantreiben der klerikalen Schulherrschaft den Ausschlag gegeben. Hätten die Liberalen für sich gekämpft, so hätten sie wohl mit den vielen Wählern, die nach rechts abgelenkt sind, die Waagschale zugunsten der Opposition senken können.

Man darf aber nicht glauben, daß dieser Wahlsieg der klerikalen Regierung für eine neue Wahlperiode freie Hand gebe, nach Gutdünken zu schalten. Wir denken dabei weniger an die Rücksicht, die sie auf die Gefühle nichtklerikaler Bürger, die sie doch zu ihrer „Ordnungspartei“ sammeln will, nehmen muß. Die Abneigung gegen die Pfaffenwirtschaft ist dort viel geringer als der Haß gegen die Arbeiterbewegung, der immer mehr diese Elemente in den Bann der Kirche ziehen wird. Aber die Empörung im Lande, die mit dem Abbruch der im ersten Jahre verkündeten Streike nicht gestillt ist und aus dem freventlich vergossenen Blute der Opfer von Lüttich eine neue Nahrung gewinnen muß, wird die Sieger nicht zur Ruhe kommen lassen.

Gleich bei den Wahlprüfungen wird der schärfste Kampf beginnen. Unseren Genossen steht ein Kielematerial für schönste Wahlmanöver aus allen Wahlkreisen zu Gebote. Wirken wird das bei dieser Mehrheit natürlich nicht. Man läßt sich nicht durch Betrug, Gewalt und Stimmenkauf wählen, um nachher diese Mittel als Kassationsgründe anzuerkennen.

Aber es beginnt nun der schärfste Kampf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Hinter der Regierungsmehrheit steht nur die Minderheit der Wähler. Von 1000 Wahlberechtigten haben 622 nur 1, aber 216 2 und 162 3 Stimmen. 622 Einstimmenwähler, fünf Achtel der Wähler werden durch drei Achtel der Wähler mit ihren 918 Stimmen bequem überstimmt. Da jeder Bauer mit 25 Jahren 2 Stimmen hat, städtische Familienväter sie aber erst mit 35 Jahren erhalten, auch die Dreistimmenwähler, Geistliche, Beamte usw., meist auf die Rechtsparthei entfallen, so entspricht der Mehrheit ihrer Stimmen und gar ihrer Mandate nur eine Minderheit des Volkes.

Diesem Zustand gilt der Kampf, zu dem die Arbeiterpartei das Volk aufruft. Zugleich mit der Aufforderung, zur Einstellung aller unvorbereiteten Erbitterungsstreike hat sie einen Parteitag auf den 30. Juni einberufen, und beim Zusammentritt der Kammern, am 9. Juli, wird der Antrag auf Wahlreform vorliegen. Auch die Liberalen haben ihr Bekenntnis zur Wahlrechtsforderung erneuert.

So ist der Wahlausfall, der mit allen Mitteln der Macht und moralischen Verderbnis noch einmal den Sieg einer rückständigen Minderheit gebracht hat, keine endgültige Entscheidung. Wohl wird von Regierungsseite schon mit dem Gedanken irgendeiner Wahlreform gespielt. Die Entscheidungsfrage wird damit jedoch nicht aus der Welt geschafft. Das geltende Wahlrecht hat gegen das Volk entschieden. Nun beginnt das Volk den Endkampf gegen das geltende Wahlrecht.

Aus dem Gerichtssaal.

Kann ein Streikposten durch schnelles Laufen groben Unfug begehen? Eine sonderbare Frage, deren Verneinung sich eigentlich von selbst versteht. Und doch bedurfte es der Verhandlung durch drei Instanzen, um die Freisprechung zu erzielen. In der Fabrik von Schwerfeger in Berlin wurde im vergangenen Jahre gestreikt. Da sich öfter kleine Gruppen vor der Fabrik bildeten, die nach Annahme der Behörde auf Zusammenstöße Streikender mit Arbeitswilligen warteten, so hatten die Beamten der Polizei den Auftrag, dies zu verhindern. Eines Tages hatten sich zur Zeit des Fabrikauflusses wieder eine Anzahl Leute dort eingefunden. Als die ersten Arbeitswilligen die Fabrik verließen, rannte Koppermann, der ebenfalls vor einem Ausgange stand, schnell nach dem andern Ausgange. Ein Polizeibeamter und viele Leute folgten ihm schnell. Es sammelten sich etwa 800 Personen an, die die Polizei dann zerstreute. Koppermann erhielt eine Anklage und wurde in zweiter Instanz wegen groben Unfugs verurteilt. Begründend führte das Gericht aus: Dem Angeklagten sei es nicht entgangen gewesen, daß sich Gruppen ansammelten, um auf Zusammenstöße zu warten. Er habe sich sagen müssen, daß eine auffällige Handlung seinerseits, die zu dem Schluß führen könnte, er werde andere beauftragen, zu einem Zusammenlauf führen könnte und geeignet wäre, den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung zu gefährden. Trotzdem habe er die nötige Vorsicht außer acht gelassen und sei sehr schnell nach dem hintern Ausgange gelaufen, als die ersten Arbeiter aus der Fabrik gekommen seien. Der Erfolg sei gewesen, daß eine große Menschenmenge sich in Strab setzte und hinterher lief. Zugegeben werden möge, daß ein Polizeibeamter durch sein Nachlaufen den Aufstand noch vergrößerte. Das Kammergericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Das Landgericht stelle in der Sache nur fest, daß Angeklagter von einem Ausgange der Fabrik nach dem andern Ausgange hinge-

... und daß dem Voranreitenden außer dem Volksgelächter andere Leute sich angeschlossen hätten. Das Landgericht nehme nun großen Anlauf an, weil Angeklagter einen derartigen Anlauf hätte voraussehen müssen. Das Landgericht habe aber über übersehen, daß zur Annahme des großen Anlaufs vor allen Dingen gehöre, daß objektiv eine Handlung begangen werde, die sich als Ungebührlichkeit darstelle. Eine derartige Handlung sei aber nicht festgestellt. Das Laufen, das den Anlauf herbeigeführt habe, könne als ungebührliche Handlung an sich, die gegen den äußeren Bestand der öffentlichen Ordnung gerichtet sei, nicht angesehen werden. Somit sei auf Freisprechung zu erkennen.

Lasset die Kindlein zu mir kommen. In einer Zeit, in der sich die Jugendleitung in den Kreisen gewisser „Jugendfreunde“ in der aufdringlichsten Weise breit macht, verurteilt die Halle'sche Strafkammer einen 12jährigen Schulknaben zu einem Jahre Gefängnis. Der Junge hatte mehrere Einbrüche verübt und gewiß verwerflich gehandelt. Aber in wie hohem Maße in der Erziehung, bei ihm gesündigt worden ist, ergab die Tatsache, daß er sich schon in Fürsorgeerziehung befindet. Die Verurteilung wurde auch nicht in bedingter Form ausgesprochen, sondern man will den Jungen durch die lange Strafe „bessern“. In dem Bes�ern ist unsere christliche Gesellschaft unverbesserlich. Von der Kanzel herunter ruft man: Lasset die Kindlein zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn solches ist das Reich Gottes. Und am grünen Tische verurteilt man ein mühselig beladenes, kaum strafmündig gewordenes Individuum zu einem Jahre Gefängnis. Herrliche Gesellschaftsordnung.

Aus Nah und Fern.

Ein Drama. Den Passanten der Schloßbrücke in Charlottenburg bot sich Dienstag abend 10 1/2 Uhr ein aufregendes Schauspiel. Eine Frau sprang mit zwei Kindern, einem Knaben im Alter von ungefähr fünf Jahren und einem Mädchen von acht Jahren, in die Spree. Zwei Herren sahen, wie ein Passant unverzüglich nachgehenden war und den Knaben fassen konnte, während das Mädchen vom Strome weitergetragen wurde. Sie lösten einen Handfahn von einer dort liegenden Bille, fuhren stromabwärts und borgen das Mädchen, das bereits bewußtlos war. Die Mutter errant.

Ein Schuhmannseid. Dienstag wurde der Schuhmann Max Steuer aus Herbst von der Strafkammer in Dessau wegen fahrlässigen Tötens eines zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Er hatte vor dem Schöffengericht in einem Schlägereiprozess falsche Aussagen gemacht. Als er nach der Verhandlung in seine Zelle geführt wurde, schoß er sich aus einem bisher verdeckt gehaltenen Revolver eine Kugel in die Schläfe. Lebensgefährlich verletzt wurde er in das Krankenhaus gebracht.

Drei Personen in der Havel ertranken. Bei einer Raubpartie auf der Havel ertranken Dienstag abend nach 9 Uhr gegenüber dem Schloß Babelsberg auf dem sogenannten Tiefen See die Fischer Dröge und Schmidt I von der 12. Kompanie des 1. Garderegiments zu Fuß und die Fabrikarbeiterin Marta Ruzau aus Nowawes. Das mit fünf Personen besetzte Boot kenterte beim Wägenwecheln. Der dritte Fischer Herrmann rettete sich durch Schwimmen. Die fünfte Person, die Fabrikarbeiterin Berta Ruzau, konnte gerettet werden. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

Ein Hausmord in die Inhaberin einer Maison meublée im Viertel der Porte St. Denis zu Paris zum Opfer gefallen. Man fand die 78 Jahre alte Frau Raft, die das Mietshaus unterhielt, ermordet und getödtet in ihrem Zimmer vor. Die Polizei vermutet, daß zwei verdächtige Männer, die nachmittags in dem Haus vorisprachen und angeblich ein Zimmer mieten wollten, die Frau ermordet und bestohlen haben. Eine Summe von 1000 Francs dürfte in ihre Hände gefallen sein. Die Polizei glaubt, den Verbrechern auf der Spur zu sein.

Ein blutiger Kampf, dessen Ursache bis jetzt noch nicht festgestellt ist, hat Dienstag nacht in Argenteuil bei Paris zwischen Straßenarbeitern und Polizisten stattgefunden. Am Mittwoch hörten zwei Beamte, die Agenten Derms und Ollmas, die ihre Nachrunde in der Nähe des Bahnhofs von Argenteuil ausführten, mehrere Schüsse auf einem freien Felde fallen. Sie eilten zur Stelle und trafen dort einige Leute, die in einem lebhaften Revolverkampf untereinander begriffen waren. Auf der Erde lag ein Mann, der tot war. Als die Polizisten sich in den Kampf einmischen wollten, wurden sie sofort mit Revolvern ange-

griffen. Der Agent Ollmas erhielt einen Schuß in die Brust, der ihn sofort niederstreckte. Die Täter wollten nun entfliehen und der andere Polizist eilte ihnen mit anderen Leuten nach. Nach kurzer Zeit drehten sich jedoch die Flüchtigen um und feuerten auf ihre Verfolger. Der Polizist Dorne brach mit einem Schuß im Herzen ebenfalls tot zusammen. Die Polizisten von umliegenden Ortsteilen wurden schließlich alarmiert und mit ihrer Hilfe wurde einer der Täter festgenommen, der schwer verwundet war und der offenbar mit den geheimnisvollen Verbrechern in Beziehung gestanden hat.

Ein Friedensapostel gestorben. Frederik Waffn, ein französischer Philanthrop und Volkswirtschaftler, ist an Altersschwäche in Paris gestorben. Frederik Waffn war Mitbegründer der Gesellschaft der Friedensfreunde und propagierte eifrig die Weltfriedensidee. In Anerkennung dieser Tätigkeit erhielt er 1901 den Nobel-Friedenspreis. Er war am 22. Mai 1822 in Paris geboren.

Der falsche Abiturient. Vor einigen Monaten legte am Gymnasium zu Münsterfeld der 29 Jahre alte Extranus Helme aus Osterfeld das schriftliche Abiturientenexamen ab. Wie sich später herausstellte, war das Lehrerkollegium des Gymnasiums, dem die Prüfung oblag, einem Betrug zum Opfer gefallen. Es ergab sich, daß der 26 Jahre alte Privatlehrer Schiefel aus Köln, der den Extranus vorbereitete hatte, für diesen in die Breiche gesprungen war. Er ließ sich den Bart abrasieren, zog die Kleider seines Schülers an und bestand unter dessen Namen das Examen. Am Montag hatten sich beide vor der Strafkammer zu Bonn unter der Anklage der Urkundenfälschung zu verantworten. Das Gericht verurteilte beide zu einer Gefängnisstrafe von je drei Monaten.

Der Tod des Hauptmanns von Cöpenick, des Schuhmachers Wilhelm Voigt, der jetzt in London gestorben ist, ruft den grotesken Streich dieses Mannes wieder in Erinnerung. Von der größeren Öffentlichkeit war die Person Voigts in letzter Zeit ganz vergessen worden. Man wußte nur, daß er durch Deutschland, Frankreich und Holland Kreuz- und Quersüge unternahm und sich zuletzt in London für Geld sehen ließ. Dort erreichte er in seiner halb militärischen Tracht, die im wesentlichen aus einem Soldatenmantel bestand, immerhin noch einiges Aufsehen. Es muß dem einst so bekannten „Gelben“ in der letzten Zeit schlecht gegangen sein, daß er ein öffentliches Hospital aufsuchen mußte, wo jetzt das Leben des 63jährigen ein Ende gefunden hat. Wir seinem selbstproklamierten Anschlag auf die Cöpenicker Stadtkasse im Jahre 1906 hatte er sozusagen eine neue Kategorie von Hochstapeleien geschaffen, die denn auch vielfach nachgeahmt wurde. Erst zehn Tage nach der Tat gelang es der Berliner Polizei, den Urheber des grotesken Streichs, als den man alle möglichen Personen, nur keinen hiesigen Schuster vermutete, im Hause Lange Straße 22 zu verhaften. Da erfuhr man dann, daß es der am 18. Februar 1849 zu Tilsit geborene Schuhmacher Wilhelm Voigt war, der 27 Jahre, also fast die Hälfte seines Lebens hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern gesessen hatte. Am 2. Dezember 1906 wurde Wilhelm Voigt zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Von dieser Strafe, die er in der Strafanstalt Zehlendorf verbüßte, er nur zwanzig Monate. Da er sich zurüchzte und eine große Zahl von Begnadigungsgesuchen aus allen Teilen Deutschlands für ihn einliefen, so erfolgte am 16. August 1908 seine Begnadigung durch den Kaiser. In Wilmersdorf bei Berlin lebt in der Augustastrasse noch eine Schwester Wilhelm Voigts, Frau Görlich; sie erhielt nun von dem Tode ihres Bruders amtlich Kenntnis.

Zwei amerikanische Militärlieger tödlich berunglückt. Als die Marineoffiziere Hazlehurst und Welsh auf dem Flugplatz der Heereskadettenschule von Maryland (Amerika) übten, stürzte ihr Zweidecker ab. Beide Offiziere wurden getötet.

Bei einem Eisenbahnunglück in Dalton (Amerika) sind, wie verlautet, 150 Personen ums Leben gekommen.

Eine ganze Familie ermordet. In Billesea im Staate Iowa (Amerika) ist in der Nacht zum Dienstag ein furchtbares Verbrechen begangen worden. Dort wurden der Fabrikbesitzer James Moor, seine Frau und vier Kinder sowie zwei junge Mädchen, die bei der Familie zu Besuch waren, auf geheimnisvolle Weise ermordet. Ein Fabrikangehöriger fand am Morgen die Leichen und die Haustür verschlossen vor, und ließ die Polizei rufen. Als man die Tür aufgeschlossen hatte, fand man sämtliche acht Bewohner des Hauses tot vor. Nur eines der Mädchen scheint sich verteidigt zu haben. Am Fußende eines Bettes fand man eine blutige Art. Der

Mörder muß nach der Tat das Haus durch den vorderen Eingang verlassen haben. Auf der Türschwelle fand man Blutspuren. Raub ist nicht der Grund zu dem Verbrechen gewesen, denn man hat in dem Hause nichts vermisst. Polizei und Militär verfolgen die Spur des Mörders mit Bluthunden.

Opfer des Vulkans. Der „Köln. Zeitung“ wird aus Neugort berichtet: Aus Seward (Alaska) melden Fischerboote, daß der Ausbruch des Vulkans Katmai sieben Fischerorte zerstörte, wobei 200 Personen ums Leben kamen. In der Umgegend von Koblat herrschte infolge des dicken Aschenregens 40 Stunden lang Dunkelheit. Der Pflanzenwuchs ist zerstört.

Kleine Chronik. Infolge Explosion eines Spirituskochers erlitt ein 16jähriges Mädchen in Kassel den Verbrennungstod, ihr Vater, ein Lokomotivführer, trug bei dem Rettungswerk schwerere Brandwunden davon. — In Dous (Meinprovinz) hat ein Vater seinen zehnjährigen Sohn zu Tode geprügelt, weil er ein zweijähriges Verloren zu Tode. — Von einem Bergkamm bei Tiflis stürzte infolge Steuerbruchs das in voller Fahrt befindliche Automobil eines Kaufmanns aus 400 Faden Höhe von einem kahlen, senkrechten Felsen ab. Der Besitzer des Automobils, der es selbst lenkte, ist umgekommen. Ein Passagier und der Chauffeur retteten sich dadurch, daß sie aus dem Automobil heraussprangen und sich an den Felsenrand klammerten.

Literarisches.

Griechens Reiseführer. Band 98: „Holland“, 13. Auflage (8.— Mk.). Verlag: Albert Goldschmidt, Berlin W. 35. Auch diesem Band der inzwischen auf nahezu 165 Nummern angewachsenen Reiseführer-Sammlung sind die Vorzüge nachzurühmen, denen „der Griechen“ seine außerordentliche Beliebtheit beim reisenden Publikum verdankt: größte Genauigkeit unter Vermeidung aller Weitsehigkeit. Infolge der sehr übersichtlichen Anordnung des Stoffes findet man sofort alles Wissenswerte und kann sich über das Land, seine Städte und Ortschaften und deren Sehenswürdigkeiten orientieren. Ein besonderer Vorzug der neuen Auflage ist die weitere Ausgestaltung der Katalog-Auszüge bei den interessanten Museen der holländischen Städte. Die Angaben über Unterkunft und Verpflegungsvorhältnisse, sowie diejenigen über Verkehr usw. entsprechen durchaus dem neuesten Stande und geben in ihrer Vollständigkeit auch dem gänzlich landfremden Reisenden ein Mittel an die Hand, sich überall schnell und sicher zu orientieren. — Auch Griechens „Führer durch Belgien“ (Band 22, 13. Auflage, 8 Mk.) teilt alle diese Vorzüge. Die knappe, sehr interessant geschriebene Einleitung führt den Besucher vortrefflich in das Verständnis für die reiche belgische Kunst und die Künstler ein. In übersichtlich gegliederten Routen folgt dann eine genaue Beschreibung aller sehenswerten Städte und Täler Belgiens. Die 13 sorgfältig revidierten Kartenbeilagen, unter denen sich ein ganz neuer Plan von Brabantberge befindet, sind völlig ausreichend zur genauen Orientierung. Griechens Reiseführer können nur bestens empfohlen werden.

Handels- und Marktnachrichten.

Getreidepreise. Lübeck, 12. Juni.
Weizen, 128—134 Pfd. holl. — — — — — Mt. Roggen 120—125 Pfd., holl. 190—195 Mt., Gerste, nach Qualität 205—215 Mt. Hafer, nach Qualität, 208—208 Mt. alter — — — — — Mt., hochfein über Notiz, per 1000 Kilo.
Sauburger Sternschau-Viehmarkt vom 12. Juni.
Auftrieb 1262 Schweine. Markt schlant geräumt.
Es wurden bezogen für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara: und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 69,— (— bis 55,00 Mt.) Mittel schwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 68,— bis 68,50 (54,50 bis 55,00 Mt.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 69,00 bis 70,— (53,50 bis 54,50 Mt.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 69,— bis 70,— (53,50 bis 54,50 Mt.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 60,— bis 66,— (45,50 bis 50,00 Mt.) Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 64,— bis 65,00 (51,00 bis 52,00 Mt.) Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 60,00 bis 63,00 (47,00 bis 49,00 Mt.)
Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwig.
Verleger: L. H. Schömann. Druck: Friedr. Meyer u. C. Sämtlich in Lübeck.

Siegerin "Palmas" "Mohra"	Erste dreimal wöchentlich	Bezugsquellen-Verzeichnis				Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen
Arb. u. Berufs-Kl. J. H. Pein, am Markt Rudolph Karstadt, Eutin. K. Quitzan, Schwartau, Markt 14	Brauereien Elbschloss, M. Hofmann, Hansstr. 15. Klein Schönbach, H. A. Wolf Ferntstr. 26 Ferasp. 1174	Drogerien W. Hohenschild, Marienstr. 42c. T. 736 Aug. Prösch, Mühlentstr. 39 Germania-Drogerie Elsstr., Ecke Käthestr.	Friseur, Parfüm. Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a	Kurz-Weiss-Wollw. O. Sünnenwald, Lindenstr. 39 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	Billigste Bezugsquelle für Woll, Herde, Gaskoer, Gradoolen Adolf Borgfeldt, Fennstr. 372, Mühlentstr. 36 und 40.	
Art. z. Krankenpfll. F. W. Heyde, Königstr. 33	Bäckereien J. Rixmann, grube 47. H. Jürgens, Warendorferstr. 36 R. Kasch, 22. Febr., Weib- u. Grobäckerei W. Krabs, Fackelb. Allee 57a Ad. Hinzelmann, Weststr. 12, P. F. Schwanz, u. Weststr. Schönbach. B. Plath, Lübeckstr. 3 W. Steinhoff, Traventünde.	Fahrräder, Nähmasch. H. Benthien, Fackelb. Allee 33 Deutsches Nähmaschinen-Haus Gustav Rath, Frister & Rohmann - Nähmasch. Franz Busse, Wakenstr. 2 Rich. Israel, Allee 31. W. J. Jürgens, Gr. Burgstr. 2 W. Jürgens, Lübecker Fahrräder. N. Gertrud-Jahrbuch, Joh. Meier, Arbeitsstr. 13 Engelhard Räder u. Nähmasch. b. H. Jürgens Johs. Meyer, Königstr. 31. Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 21 L. Hinz, Schwartau, Lübb.-Str. L. Hinz, 71. Rep. Sämtl. Ersatz.	Galant., Spielwar. C. Bliesath Wwe., Sandstr. 9.	Manufakturwaren Johann Dittmer, Drögen 12a Paul Remien, Malente, Bahnhofstr. J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr. Hamb. Engros-Lager, Schwartau. K. Quitzan, Schwartau, Marktstr. 14.	Putz u. Modewaren B. Döhrmann, Holstenstr. 18.	
Basobianstatten H. Fackel, Gr. G. 14 Hansa, J. Bettmann L. Hinz, Fackelb. Allee 57a	Brennmaterialien H. Schmitt, Augustenstr. 141/4. L. Wolfbrandt, Rosenpark 14.	Farben u. Lacke J. Becker, Dornstr. 2. W. Hohenschild, Eutin 42. P. 736 Ferd. Kayser, Breitestr. 31 Aug. Prösch, Mühlentstr. 39	Handels-Lehranst. Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.	Möbelmagazine Hitzke & Stech, Möbel-Fabrik, Detail-Verkauf in der Fabrik. W. Pamperlin, Mühlentstr. 47, Wohnungsrichtigen, z. billigen Pr.	Empfehlensw. Restaur. Wacknitz-Strand, Lübeck, Markt 59	
Hausa J. Bettmann L. Hinz	Butter-, Käsehdign. L. Hinz, Fackelb. Allee 57a L. Hinz, Fackelb. Allee 57a W. Jürgens, Gr. Burgstr. 2 J. Seemann, Hinzstr.	Fleisch- u. Wurstw. Hans Gerds, Eutin, 1a H. Aufschmitz Prima Fleisch- und Wurstwaren Chr. Gipp, Mühlentstr. 39 Gasthof, Königstr. 64 Beckergrube 31 W. Jürgens, T. 736 C. Hinz, Mühlentstr. 14 F. Hinz, An der Mauer 11a F. Hinz, Eutin, 1a Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 2 Gust. Zsch, Eutin, 22 L. Hinz, Odesloer, Dornstr. 2 L. Hinz, P. Fackelb. u. Warendorferstr.	Herren- u. Knab.-Gard. Joh. Dittmer, Lübeck, Drögen 12a Joh. Dittmer, Lübeck, Drögen 12a Ang. Tröst & Soha, Holstenstr. 24	Molkereiprodukte Hansa-Meierei Amme Lübeck's Molkereiprodukte	Schreibwaren Aug. Burmeister, Lübeck, M. Maxein Wwe., Mühlentstr. 40a Mühlentstr. 22. Elsa Paulsen, Spez. Briefmarken.	
Hausa J. Bettmann L. Hinz	Cacao, Chocol., Tee Lina Schwarz, Lübeck, Hinderd 12	Kino-Salon Biophon-Theater Breitestr. 52. Vornehmstes am Platz. Vollständigste Vorführ. lebe- der singender, sprechender Photogr.	Hüte und Mützen Adolph Dittmer, Lübeck, Wakenstr. 9 Ang. Tröst & Soha, Holstenstr. 24	Meiereien Meierei Rensefeld Inh. Paul Rieker, vortreffliche Bezugsquelle für Milch und Butter. Meierei Schwartau Inhaber Philipp Eitel, Tel. 2144 Milch und Molkereiprodukte.	Schuhwaren Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur. Aug. Rostock, Fünfhausen 5. Rudolph Karstadt, Eutin. Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.	
Hausa J. Bettmann L. Hinz	Cigarrenhandlgn. A. Barmann, Lübeck, Fackelb. Allee 44 L. Hinz, Fackelb. Allee 57a D. Kieck, Eutin, 1a Rosa Kieck, Eutin, 1a	Kolonial-, Fettwar. F. Hinz, Eutin, 1a Johs. Brede, Dankwartsgr. 31 Beckh Bissen, Arminstr. 12 Heinz Franck, Wakenstr. 67. L. Hinz, Drögen 12a Carl Hindorf, Marienstr. 44 B. Lerch, L. 1. Lokberg 37. Ernst Löh, Sillentstr. 1. H. Schmitt, Augustenstr. 141/4 J. Seemann, Hinzstr. H. Lettow, Eutin, Weststr. 4 L. Hinz, Schwartau, Marktstr. 14 J. U. Kröger, Traventünde.	Hüte und Mützen Adolph Dittmer, Lübeck, Wakenstr. 9 Ang. Tröst & Soha, Holstenstr. 24	Optik u. Mechanik Carl Volger, OptischesSpezial-Geschäft, 66 Breitestr. 66.	Seifen, Toilette-Art. Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Travent.	
Hausa J. Bettmann L. Hinz	Dampfabsch., Plättanst. W. Hinz, Fackelb. Allee 57a W. Hinz, Fackelb. Allee 57a W. Hinz, Fackelb. Allee 57a	Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!	Photogr. Ateliers O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15 Jul. Pingel, Johannstr. 15 Samson & Co., Breitestr. 39, Ferasp. 1067.	Stahl-, Eisenwaren Franz Gerzner, Fackelb. Allee 10b, Fennstr. 1031. F. Wichmann, Hinzstr. 46. Sa-		
Hausa J. Bettmann L. Hinz	Hausa J. Bettmann L. Hinz	Tapeten, Linoleum Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 43b, Tapeten-Rest. Fritz Rehm, Beckergrube 20.	Uhren-Repar.-Werkst. E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15.	Amerikanische, Uhrz. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.		
Hausa J. Bettmann L. Hinz	Hausa J. Bettmann L. Hinz	Uhren-Repar.-Werkst. E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15.	Amerikanische, Uhrz. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.	Uhren, Goldwaren Uhrmacher Hinzstr. 2 W. Westfahl, Holstenstr. 32 H. Neve-mann, Schwartau.		
Hausa J. Bettmann L. Hinz	Hausa J. Bettmann L. Hinz	Uhren-Repar.-Werkst. E. Ehler, Lübeck, Breitestr. 15.	Amerikanische, Uhrz. Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.	Weine, Spirituosen Fr. Geist, Lübeck, Eutin 42. P. 736. Fischergrube Friedr. Gtze, 43. empfehl.		